

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingangszeit 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstbetrieben.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 265

Sonntag, 13. November

1921

## Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt  
unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

**Niederlassungen:**  
**Dresden**  
Augustusstraße, Ständehaus  
Fernspr. 17968, 21904, 23773  
Depositenkasse am Hauptbahnhof  
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 20397  
**Leipzig**  
Grimmaischer Steinweg  
**Zwickau**  
Hauptmarkt

### Der Frieden mit Amerika.

Die Ratifikationsurkunden zu dem am 25. August 1921 von den Bevollmächtigten Deutschlands und den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichneten Vertrage sind gestern abend im Auswärtigen Amte ausgetauscht worden. Damit ist der Vertrag in Kraft getreten und der Friedenszustand zwischen dem Reiche und den Vereinigten Staaten wiederhergestellt worden.

### Ein Weißbuch über das Saargebiet.

Die Reichsregierung hat dem Reichstage ein Weißbuch über das Saargebiet zugehen lassen. Das Buch erscheint gleichzeitig unter dem Titel „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerrechts“, im Verlage von Georg Stilke in Berlin.

### Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Die interalliierte Weisheitskommission wird am nächsten Montag eine Abordnung der Spandauer Arbeiter der Deutschen Werke empfangen, die am Montag den Einspruch der Arbeiter gegen die von der Kommission geplante Besetzung der Werke übergeben wird.

Der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke A. G. in Spandau hat an den Reichstag folgendes Telegramm gerichtet: Mit Bestreben haben der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte der Deutschen Werke von den Ausführungen des Abg. Walpahn Kenntnis genommen. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte stellen einstimmig (mit Einschluss der Kommunisten) fest, daß die Ausführungen des Abg. Walpahn über die Umstellung der Deutschen Werke in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. In den Werken werden weder Kriegsmaschinen noch Kriegsmunition angefertigt. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte protestieren entschieden gegen die entstehende und arbeiterschädigende Verlesung.

### Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat die Einzelgenehmigung des Bestreitenden deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien Staatssekretär Dr. Ewald und des Staatssekretärs Dr. Guppert, die sich heute abend zu Verhandlungen mit Vertretern der ober-schlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollen, abgelehnt.

Zu dieser Verweigerung erklärt das „Berliner Tageblatt“, daß die britische Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amte eine Mitteilung der Interalliierten Kommission in Opatowitz zugeht, in der es heißt, daß im Interesse der Ordnung in dem von den Verbündeten besetzten Oberschlesien den polnischen und deutschen Kommissionsmitgliedern eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden könne. Wie das Blatt hört, werden die beiden deutschen Delegierten infolge dieses Verbotes an die Persönlichkeiten, mit denen sie sich in Oberschlesien zu besprechen wünschten, die Bitte richten, nach Breslau zu kommen.

### Dauernder Ausschluß der Habsburger von der ungarischen Thronfolge.

London, 12. November. Das Reutersche Bureau meldet: Ungarn verpflichtete sich in Form einer feierlichen Zusage an die Mächte, die Dynastie Habsburg für immer von der ungarischen Thronfolge auszuschließen. Die Verbündeten sind der Ansicht, daß eine in dieser Form übernommene Verpflichtung durchaus befriedigend sei.

## Washington.

Heute vormittag um 1/11 Uhr beginnt in Washington die Abrüstungskonferenz. Lloyd George, der wegen der irischen Frage vorläufig noch zu Hause bleiben mußte, scheint an sie die höchsten Erwartungen zu knüpfen. In seiner Rede beim Frühstück-Bankett für den neuen Londoner Oberbürgermeister verglich er die Washingtoner Konferenz mit einem Regenbogen am trüben Himmel nach schwerer Krise. In Washington gehe es um die Abrüstung; sie sei der einzige Weg zur Sicherheit. Und schon liegt ein Echo aus Amerika vor: Nach einer Neukermelung aus Washington hat Staatssekretär Hughes in einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter Schibehara das maritime Abrüstungsprogramm dahin erklärt, die Vereinigten Staaten von Amerika stimmten im allgemeinen der Beschränkung der Flotten auf ihre heutigen Kräfte zu, müßten aber für sich das Recht in Anspruch nehmen, die in ihrem Flottenprogramm vorgesehenen sechs Riesenschiffe fertigzustellen. Die Vereinigten Staaten werden im Jahre 1924, wenn sie unter Abrüstung den heutigen Flottenstand einschließlich der neuen sechs Riesenschiffe verstehen, nicht nur die größte, sondern auch die bestarmierte und schnellste Flotte besitzen. Auf diese unerhörte Macht gestützt, wird Harding, wenn auch in diplomatisch liebendwürdiger Form, seine Forderungen stellen. Die Entscheidungen, die in Versailles gefaßt wurden, entsprachen nicht den Interessen Amerikas. Es zog seine Vertreter vorzeitig von den letzten Friedensverhandlungen zurück. Es schloß, wenn auch nach langem Zögern, einen Sonderfrieden mit Deutschland. Es erhob Protest gegen die Zuteilung der Insel Yap und der Gebiete von Schantung und Kuangchow an Japan; und es erhob weiter Einspruch gegen die einseitige Zuteilung der Oborkommen in Mesopotamien an England. Der amerikanische Widerstand richtete sich also vor allem gegen die Verteilung der früheren deutschen Kolonien. Insofern wird sich die Konferenz von Washington mit einer Revision des Versailler Vertrages zu beschäftigen haben. Aber das alles ist nur Ausgangspunkt der Verhandlungen in Washington. Endpunkt bleibt noch wie vor das Verhältnis Amerikas zu Japan, ob es sich nun um die Flotten oder um den Stillen Ozean dreht. Niemand wird bezweifeln, daß das Pacificproblem für Japan eine Frage auf Leben und Tod ist, für alle anderen nur eine lebenswichtige Angelegenheit.

Bei der heutigen Eröffnung der ersten Sitzung der Konferenz, die in der Continental-Memorial-Hall zusammentritt, wird Präsident Harding nach einem Gebet die Eröffnungsworte halten. Gemäß einem von den Abordnungen ausgesprochenen Wunsch wird keine Antwortrede gehalten, da ein Einverständnis für eine gemeinsame Antwort nicht erzielt werden konnte. Harding wird sich alsdann zurückziehen. Nunmehr wird Staatssekretär Hughes zur Wohl des Vorsitzenden der Konferenz aufrufen. Der Gemächte wird eine Rede halten und dann zur Wahl des Generalsekretärs und zur Ernennung der Kommissionen schreiben, die beauftragt werden, das Programm und die Geschäftsordnung zu regeln. Um den Kommissionen zu gestalten, einen genauen Plan hierüber vorzulegen, wird sich die Konferenz sobald voranschließend bis Dienstag vormittag vertagen. Über die Dauer der Konferenz läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Briand hofft, am 26. November sich wieder nach Frankreich einschiffen zu können; zahlreiche andere Delegierte werden Washington am 15. Dezember verlassen. Wenn auch Präsident Harding an den weiteren Beratungen offiziell nicht teilnehmen wird, so wird

ihm doch der Hauptteil an den Verhandlungen zufallen, und zwar insofern, als er außerhalb der Konferenzen zahlreiche Besprechungen mit den Delegierten haben wird. Die Verhandlungen finden öffentlich statt.

Präsident Harding hat die Grundzüge der Abrüstungskonferenz in einer Erklärung festgelegt, die er den Journalisten gegenüber abgab. Diese Erklärung lautet folgendermaßen:

1. Eine engere internationale Zusammenarbeit ist erforderlich. Ohne daß Amerika dem Völkerbund beitrete, würde es sich doch dessen Wirken nicht entgegenstellen, vorausgesetzt, daß sich dieses auf Europa beschränkt. Wo es einer engeren internationalen Zusammenarbeit bedarf, wird man die Mittel dazu in persönlichen Zusammenhängen nach der Art der Washingtoner Konferenz finden.

2. Obgleich die Vereinigten Staaten von Amerika energische Anhänger der politischen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit Chinas sind, halten sie es für notwendig, in genau abgegrenzten Grenzen den Ansprüchen Japans Rechnung zu tragen, damit sich dieses außerhalb seiner Grenzen ausdehnen imstande ist. Die Schwierigkeit wird aber die Frage sein, unter welchen Bedingungen und bis zu welchem Grade eine solche Ausdehnung Japans vor sich gehen könnte.

3. Bei der Festlegung der Grenzen der Abrüstung muß die Abhängigkeit Englands von der übrigen Welt betreffend die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen berücksichtigt werden.

4. Die Lage Frankreichs muß in Betracht gezogen werden, damit Frankreichs Befürchtungen beseitigt werden können. Der Garantievertrag zu Dreien (Amerika, England, Frankreich) kann nicht wieder aufleben, unter welcher Form es auch immer sei; aber Amerika kann, wenn der Augenblick geeignet ist, Frankreich dadurch unterstützen, indem es auf Deutschland einen Druck ausübt.

5. Die zu weit gehenden Hoffnungen der radikalen Sozialisten dürfen keine Ermüdung erfordern, insbesondere nicht in der Richtung einer etwaigen vollständigen Unterdrückung der Wählungen.

6. Wenn diese Konferenz keine Erfolge haben sollte, so wird sie doch mindestens den Zweck gehabt haben, die Hindernisse für den allgemeinen Frieden offenzulegen und jene bloßzustellen, die für diese Hindernisse die Verantwortung tragen.

Nach einem vom „Clair“ wiedergegebenen Telegramm aus Peking ist das Programm der Konferenz über die Fragen des Fernen Ostens nunmehr festgelegt worden. Diese Fragen sind in drei Gruppen zerlegt worden, und zwar: 1. chinesische Angelegenheiten; 2. sibirische Angelegenheiten; 3. Angelegenheiten, die mit den Randstaaten zusammenhängen. Die China- und Sibirien betreffenden Fragen ihrerseits zerfallen wieder in zwei Untergruppen, nämlich die Grundzüge selbst und ihre Anwendung. Bei der letzten Gruppe kommen wieder sechs Punkte zur Betrachtung: 1. territoriale Integrität; 2. Beibehaltung der Verwaltungslinien; 3. die Politik der offenen Tür; 4. außerordentliche Konzessionen betreffend Rechte, Monopole und Privilegien; 5. die chinesische Eisenbahnen, und besonders die chinesische Ostbahn; 6. Prüfung der Frage, inwiefern die zurzeit bestehenden internationalen Verpflichtungen erfüllt sind.

### Die Kreditbedingungen der Industrie.

Die Bedingungen, die der Reichsverband der deutschen Industrie an die von ihm selbst vorgeschlagene Kredithilfe knüpft, haben in weiten politischen Kreisen Bedenken und Widerspruch hervorgerufen, und zwar nicht etwa nur bei den drei sozialistischen Parteien, sondern auch in der bürgerlichen Welt, einschließlich der Deutschen Volkspartei. Bestrebend erregte vor allem die Forderung und fast möchte man sagen, der Ton, in dem eine wirtschaftliche Macht zu der Regierung spricht, die in ihrer neuen Zusammenfassung erst ein paar Tage alt ist und für die ganze Schwierigkeit der Lage jedenfalls nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Reichsverband der Industrie kommt plötzlich zum Reichstagler nicht als bittender, nicht einmal als vorschlagender, sondern als fordernder und bestimmender Teil, obwohl die Industrie einfließendermaßen die Reichshilfe angeboten hat, um die von den sozialistischen Parteien verlangte und von der Regierung bereits erzwungene Erfassung der Goldwerte zu vermeiden. Schließlich ist die Kredithilfe doch nichts anderes als eine erleichterte Form der Steuerzahlung. Während aber die Beamten, Angestellten und Arbeiter dem Staate bedingungslos ihren 10prozentigen Lohnabzug hingeben, beanprucht die Industrie als Gegenleistung des Staates politische Konzessionen von ungeheurer Tragweite. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Regierung, welche die Würde des ganzen Volkes vertritt, sich von einem Teilfaktor des Wirtschaftslebens ein politisches Kapital gefallen läßt. Auf solcher Grundlage sollte gar nicht verhandelt werden, schon deshalb nicht, weil der politische Gedankengang des Industrieverbandes noch reichlich Unklarheiten enthält. In Mitteilungen, die an die Presse verteilt wurden, macht der Industrieverband darauf aufmerksam, er habe schon auf der Münchner Tagung die Kredithilfe nur unter der Bedingung angefragt, daß das Reich ernsthafte Schritte zur Reform seiner Finanzen unternehme. Nur zur Sanierung der Reichsfinanzen, aber nicht um unerfüllbare Forderungen abzuhängen, habe der Reichsverband in München der Kreditaktion zugestimmt. Diese Erklärung steht aber im Widerspruch zu früheren Äußerungen, wonach der Reichsverband den Standpunkt vertrat, daß die Reichshilfe unmittelbar der Reparation und keinem innerpolitischen Zweck dienen soll. Was ist nun richtig? Selbstverständlich muß neben der Rettung aus den Nöten des Wiederbauprogramms eine großzügige Finanzreform der zerrütteten Reichswirtschaft einhergehen. Aber statt dies als selbstverständliche Voraussetzung künftiger Finanzpolitik anzunehmen, hat einfach zu verlangen, daß die Bekämpfung der Goldwerte da entfällt, wo freiwillige Devienzhilfe geleistet wird, hat der Reichsverband Gegenleistungen gefordert, die innerpolitisch und außenpolitisch zu schweren Irrungen führen können. Innerpolitisch: Die Entlastung der Eisenbahnen und sonstiger öffentlicher Betriebe spürt sich in der Gedankenwelt der Arbeitnehmerschaft als ein verfläppter Feldzug gegen Arbeiterwohl und Staatssozialismus. Schneller, als die Herren des Industrieverbandes wohl erwartet haben, sind die Eisenbahner und die Gewerkschaften auf den Plan getreten, um den Schlag, von dem sie sich bedroht fühlten, abzuwehren. Durch den politisch ungeklärten Vorstoß des Reichsverbandes sind die betreffenden Kreise vielleicht schon bereit, daß es schwer halten wird, die unbedingt notwendige Finanzreform der Staatsbetriebe mit ihrer Unterstützung durchzuführen. Aber auch außenpolitisch droht eine Gefahr: Der Vorstoß des Reichsverbandes, die Eisenbahnen und andere Staatsbetriebe in Privatigentum überzuführen, bedeutet für unsere mißtrauischen Gläubiger aus dem

Verfallter Vertrag, besonders für Frankreich, nicht anders, als den Versuch, noch kurz vor dem Zusammenbruch unserer Zahlungsfähigkeit möglichst viele öffentliche Werte dem Zugriff des einschreitenden Verbandes zu entziehen. Selbst wenn dies durchaus nicht die heimliche Absicht des Vorschlags des Reichverbandes war, wer widerlegt die Flut der Vorwürfe des Hohnes und Spottes, die jetzt aus der veränderten Presse auf uns herabprasseln wird? In Washington wird man jetzt kaum von dem Thema „Revision des Verfallter Vertrages“ etwas wissen wollen. Auch die Reparationskommission, mit der die Reichsregierung zurzeit einen so ungleichen Kampf kämpft, wird sich ihre wenn auch falschen Gedanken über den deutschen Erfüllungswillen machen. Es war kein politisches Reflexbild, das der Reichverband der Industrie mit seinen Kreditbedingungen lieferte.

### Das Kreditangebot der deutschen Industrie.

Der Geschäftsführer des Reichverbandes der deutschen Industrie erklärte gestern vor Pressevertretern die Erklärung des Reichverbandes, die dem Reichskanzler gegenüber abgegeben wurde. Er gab zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der Kredithilfe und betonte, daß der erste Schritt vom Reichskanzler Dr. Wirth ausgegangen sei, der Anfangs September an die Industrie mit der Frage herangetreten wäre, ob sie dem Reiche in seiner Finanznot zu helfen bereit sei. Nach Vorberathungen mit ausländischen Bankiers kam die Industrie zur Formulierung bestimmter Bedingungen. Es stellte sich heraus, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die deutsche Industrie als Garantie einer Kreditleihe im Ausland nur sehr schwer und in ganz ungenügendem Umfang Kredit erhalten würde. Der Londoner Banker Baron Rothschild schätzte den Höchstbetrag auf 50 Millionen Pfd. Sterl., amerikanische Bankiers auf 250 Millionen Dollars. Zugleich wurde allseitig erklärt, daß vor Abschluß der Washingtoner Konferenz an eine Kreditgewährung für Deutschland nicht zu denken sei. Bei Prüfung der deutschen Kreditfähigkeit erkannte die Industrie, daß die Finanzwirtschaft des Reiches auch den Privatcredit untergrabe. Die staatlichen Betriebe sind nach Ansicht der Industrie am schlechtesten gestellt. Eine immense überflüssiger Arbeitskräfte sei bei der Eisenbahn beschäftigt, während im Bergbau und bei anderen Privatindustrien Arbeitermangel herrsche. Aus dieser Erkenntnis heraus zog man die Schlussfolgerung, daß nur der Übergang zur Privatwirtschaft die Reichseisenbahnen wieder zu rentablen Betrieben machen könne. Es sei klar, daß eine solche Umwandlung nur mit Zustimmung und unter positiver Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden könnte. Die Industrie werde in der nächsten Woche darüber mit den Gewerkschaften verhandeln. Sie denke nicht daran, einem privaten Industriekonzerne die ganze Eisenbahnverwaltung zu übertragen. Sie sei aber der Meinung, daß an dem Unternehmen das Reich, die Industrie, die Gewerkschaften, der Handel, die Landwirtschaft, kurz das gesamte deutsche Wirtschaftsleben beteiligt sein müssen.

Wie weiter zur Frage der Kredithilfe der Industrie mitgeteilt wird, ist die Industrie der Meinung, daß eine angemessene Veränderung des

Reparationsmodus herbeigeführt werden müsse, die sich in erster Linie auf die Zahlungsfrist beziehe. Vor allem soll verhindert werden, daß das Geld verabschwendet wird, da, wenn der Verband den Zahlungsmodus nicht verändern würde, Deutschland doch nicht mehr in der Lage wäre, seine Reparationsleistungen einzuhalten. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, sind die Wünsche vollkommen aus der Luft gegriffen, die eine Verbindung zwischen der Kreditaktion und der Frage der Erweiterung der Reichsstaatsbank nach rechts herstellen wollen. Solche Verhandlungen könnten überhaupt erst stattfinden, wenn die gesamten Steuer-, Reparations- und Kreditfragen vollständig zu übersehen wären und einen Verlauf genommen hätten, welcher der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit des Eintritts in die Regierung geben würde. Die beteiligten Kreise legen Gewicht darauf, daß die Fragen der Regierungsbereitstellung und der Kreditbeschaffung nicht miteinander verquitt werden.

Das Reichskabinett hat gestern in der Angelegenheit der Kredithilfe der deutschen Industrie noch keinen Beschluß gefaßt. In den gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums teilten die Mütter teil, daß das Zentrum für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Reichverband der deutschen Industrie sei, während die Sozialdemokratie die Bedingungen der Industrie für unannehmbar erklärte. Nach Informationen des „Berliner Lokalanzeiger“ dürfte es die Deutsche Volkspartei ablehnen, mit der ganzen Angelegenheit als Partei in irgendeiner Form in Verbindung gebracht zu werden.

Im Unterausschuß des Verkehrsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, dessen Aufgabe die Prüfung der Organisation und die Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen ist, wurde einstimmig der Standpunkt vertreten, daß eine Überführung der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und des Wohlstandes des Deutschen Reiches für unvereinbarlich und darum für wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll zu erachten ist.

### Die Notlage der deutschen Städte.

Die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtebundes und des Reichsstadtebundes wurde gestern vormittag in Berlin im Plenarsitzungslokal des Reichstages unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung eröffnet. Neben Anderen nahmen auch der Reichstagspräsident Loh und der Präsident des Staatsrates Abenauer an ihr teil. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete das Thema: „Neuregelung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne sowie deren Regelung in den deutschen Städten“. Der Vorsitzende des Deutschen Städtebundes Oberbürgermeister Borch hielt den einleitenden Vortrag. Der Vorsitzende des Reichsstadtebundes und der Vorsitzende des Deutschen Landgemeindeförderungsbundes im Anschluß daran Erklärungen ab, daß sie auf demselben Standpunkte stünden, wie der Deutsche Städtebund. In der sich anschließenden lebhaften

Wortprache wurde der Grundgedanke, daß die sich den Städten unbedingt verschaffen zu bedürfen der Besoldungsreform geben müsse, von allen Seiten ohne Unterbrechung der Parteilichung zustimmend beantwortet. Die vom Reichstagspräsidenten vorgelegene Entschließung, der die Veramntung einstimmig zustimmte, lautet folgendermaßen:

Die deutschen Städte sind vollkommen außerstande, mit ihren gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten die Besoldungen aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne auferlegt werden. Es stehen ihnen sogar die Vermittel für die ersten unauflöslichen Auszahlungen. Zur Ermöglichung der erforderlichen Zahlungen fordern die Städte die sofortige allgemeine und laufende Überweisung von Zuschüssen zur Deckung der Mehrausgaben unter Abziehung jeder Abzahlung nach der Bedürftigkeit. Vor allem erwarten die deutschen Städte von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstage die vorbehaltlose Bewilligung der endgültigen Deckung für die neuen Ausgaben. Damit verbinden sie im Interesse der Erhaltung und Stärkung ihrer Selbstverwaltung das Verlangen, daß ihnen nun endlich die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Erfüllung ihrer dringenden Ausgaben geschaffen werden. Sie erbitten die einzig mögliche Lösung darin, daß ihnen ihre noch vorhandenen Einkünfte völlig gestrichelt und durch planvolle Verteilung aller öffentlichen Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ergänzt werden.

Aus der Versammlung wurde eine weitere Entschließung beantragt. Der erste Teil, der darüber Bescheidete führt, daß bei den vom Reiche gestrichelten Gehalts- und Lohnverhandlungen Vertreter der deutschen Städte nicht zugezogen worden seien, wurde einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde der zweite Teil dieser Entschließung, der die Forderung enthält, daß sofort in eine Revision des neuen Besoldungsstarifes eingetreten werden solle.

### Zur Neubildung der preussischen Regierung.

Die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei im Preussischen Landtage hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag verjagt dem Staatsministerium, das in seiner Zusammensetzung den nationalen Interessen des Landes nicht entspricht und den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Preussens gefährdet, das zur Amtsführung erforderliche Vertrauen.

### Zum Amtsrücktritt des Staatssekretärs Dr. Lewald.

Der Reichspräsident hat am 6. d. M. an den Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Dr. Lewald, das nachstehende Schreiben gerichtet: Hochverehrter Herr Staatssekretär! Anbei beehre ich mich, Ihnen die Urkunde über Ihre einseitige Berückung in den Ruhestand zu übersenden. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen namens der Reichsregierung und Anerkennung auszusprechen für die wertvollen Dienste, die Sie in langjähriger Tätigkeit dem Reiche geleistet haben. Ihre umfassenden Kenntnisse und Ihre reiche Erfahrung werden nun bei den für uns so

wichtigen Verhandlungen mit Polen ein neues Tätigkeitsfeld finden, und ich darf dem Wunsch Ausdruck geben, daß auch hier Ihre Arbeit dem Vaterlande Nutzen bringen möge. Ich hoffe, daß Sie nach Abschluß der Verhandlungen mit Polen im Dienste des Reichs in einer Ihrer langjährigen Erfahrung auf allen Gebieten der Verwaltung entsprechenden Stelle eine ansehnliche Verwendung finden werden.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich

Ihr ergebener  
ges. Oberst  
Reichspräsident.

In einem Begleitschreiben des Reichsministers des Innern wird dem Staatssekretär Lewald im Namen der Reichsregierung der Dank für die großen Dienste ausgesprochen, die der Staatssekretär besonders dem Reichsamt des Innern geleistet habe.

### Zur Berliner Reise des bayerischen Ministerpräsidenten.

Die „Deutsche Wg. Ztg.“ tritt den von verschiedenen Blättern gemachten unbegründeten Behauptungen aus Anlaß der Reise des Grafen Lerchenfeld nach Berlin entgegen und erklärt, daß die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten eine Ausdrucksache über die allgemeine Lage mit den zentralen Stellen des Reiches bezwecke. Dabei dürften die Ernährungsfrage, besonders die Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher eine große Rolle spielen. Jugendweiche Jugitsfragen werden in den Besprechungen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler nicht berührt. Graf Lerchenfeld wird voraussichtlich heute über Darmstadt nach München zurückkehren.

### Lärmjahren im braunschweigischen Landtage.

Im braunschweigischen Landtage kam es gestern zu stürmischen Auftritten. Nachdem sämtliche Fraktionen des Hauses sich darüber geeinigt hatten, durch schnelles Beratung des Haushaltsplanes für das laufende Jahr, des Besoldungsplanes und des Berückungsentwurfes die Arbeiten so zu beschleunigen, daß im nächsten Januar Reumobilien erfolgen könnten, kam es bei der Beratung des Haushaltsplanes durch eine Rede des Abg. Wajans vom Landeswählerverband zu einem Zwischenfall. Der Abgeordnete übte scharfe Kritik an den Ministern, insbesondere an der Tätigkeit des Ministers Detter, und fragte das Staatsministerium, wer die vielen Automobilschlachten bezahle, welche die Minister, insbesondere Detter, fortgesetzt im Lande unternähmen. Wenn am Ende gute Freunde diese Äußerungen bezähmten, dann geschähe dies jedenfalls nicht ohne Gegenleistung. Bei diesen Worten erhob sich auf der linken Seite des Hauses ein ohrenbetäubender Lärm. Die Abgeordneten schlugen auf die Tische und drohten noch der rechten Seite hinüber. Dem amtierenden Vizepräsidenten war es nicht möglich, die Ruhe wieder herzustellen. Er verließ den Präsidienstuhl. Auch die Abgeordneten sprangen auf und verließen ihre Plätze. Der nach einiger Zeit zusammentretende Ausschuss beschloß, die Sitzung abzubrechen und

Hast Du **Augengläser** nötig, gehe zu **Gebrüder Roettig** Dresden-A. Pragerstr. 23

### Wissenschaft und Kunst.

Tresden, 12. November.  
Sächsischer Kunstverein.  
29.  
Ebenfalls mit einer Sonderausstellung ist der Dresdner Maler Graf Heinz Ludner vertreten. Auch er ist weiteren Kreisen der Kunstfreunde noch nicht bekannt geworden, da sein Name erst seit kurzem bei uns genannt wird. Seinem materalischen Eide nach könnte er einer bestimmten Richtung der Berliner Malerei angehören, einer Richtung, die künstlerisch allerdings nicht sehr bedeutungsvoll ist. Es ist eine Malerei von in gewissem Sinne überfeinertem Kultur, eine Malerei eleganter Oberflächlichkeit und gefuchter Geistesrichtigkeit. Schilderungen wie die beiden „Phantasien über Dresden“ sagen gar nichts. Das sind leere Attrappen, Blendwerk, die nicht auf dem Boden einer ernsthaften Kunst erwachsen sind. Mutatis mutandis trifft dasselbe Urteil auch auf das dem Gegenstande nach sehr erste Gemälde „Kreuzaufrichtung“ zu. Es soll nicht verkannt werden, daß Graf Ludner künstlerisch vielerlei besitzt, um das ihn andere Maler beneiden können. Er weiß eine Schilderung in den Raum zu stellen, er zeichnet zwar flüchtig, aber mit sicherer Hand, und er besitzt einen gutentwickelten Sinn für farbige Wirkungen. Aber solch reicher künstlerischer Besitz verpflichtet auch. Wenn er vergesendet wird, wie es in den meisten der Arbeiten Ludners der Fall ist, dann ist er weniger wert als eine Durchschnittsbildung, die ernsthaft ihren weit kleineren Zielen nachgeht. Für mich ist in der ganzen Ausstellung des Grafen Ludner eigentlich nur ein einziges Bild, dem ich Beachtung abzugewinnen vermag, das ist der „Weibliche Kopf“, der mit künstlerischem Glanz, aber auch mit künstlerischem Ernst gemalt ist.  
Weit jenseitiger als Graf Ludner geben sich die beiden Brüder Georg und Hanns Dehne,

denen ebenfalls eigene Ausstellungen eingeräumt worden sind. Die Dresdner Kunstfreunde kennen diese beiden Maler, obwohl sie noch jung an Jahren sind, als ernst zu nehmende Künstlererscheinungen, die in gerühmtem Ganz künstlerischer Entwicklung herangewachsen sind und heute als fertige Künstler vor uns stehen. In der Entwicklung dieser beiden Maler ist nichts Sprunghaftes wahrzunehmen gewesen; erwachsen aus dem Boden einer gesunden Wirklichkeitsmalerei der Natur. Es liegt in ihnen, vor allem aber in Georg, dem temperamentvolleren von beiden, ein reicher Fonds vornehmer künstlerischer Kultur, einer feinen Geistigkeit, die das nichts als Wirklichkeit zu verkörpern versteht. Beide Künstler sind ebenso interessante Landschaftler wie Bildnismaler; Hanns Dehne pflegt in der Verbindung mit der Landschaft auch noch das Tierbild und das Figurenbild. Er hat neben einem mit geradezu allmeisterlicher Wärme des Kolorits gemalten Akt eine Anzahl feinerer Bildnisse, unter ihnen zwei Selbstbildnisse, ausgestattet, die erneut Zeugnis ablegen von seinem vornehm entwickelten malerischen Sinn, von der sorgsamsten Art, zu zeichnen, die seit seiner Palette. Früher in erster Linie Bildnismaler, hat er sich neuerdings dem Landschaftsbild stärker zugewendet. Bisher hat hierzu eine Studienreise beigetragen, die er dem Künstler in diesem Jahre an die See unternommen hat. Das Ergebnis dieser Reise zeigt er in einer Reihe von Seebildern, nicht Seestücken der hergebrachten Art, die nicht sind als Studien; das sind feinerfühlte Stimmungsbilderungen der Seepflichte, von begeisterungsvollen Augen beobachtet, von schönheitsdürstigen Sinnen erfüllt und niedergerichtet von einer Malerhand,

die sich in hoher künstlerischer Kultur befindet. Und dieselbe Wahrnehmung macht man natürlich auch von neuem an den Bildnissen dieses hochbegabten Malers, von denen besonders dasjenige des Dr. P., des Malers Ditz und das Rassenbild „Junge Maler“ genannt seien.  
Langabend. Charlotte Wara, die hier noch unbekannt ist, der aber ein guter Ruf vorausgeht, tanzte gestern im Künstlerhaufe Gotische und Orientalische Tänze. Ein Gegenstück, der auf den ersten Augenblick unvereinbar scheint, aber schließlich doch in der feinsten Gebundenheit seine Einheit findet. Charlotte Wara besitzt zweifellos eine persönliche Note, will sagen, sie empfindet den Geist einer bestimmten Zeit. Ihre deutschen Tänze besaßen etwas von der Innigkeit frühgotischer Statuen, eine gewisse Herbe, die sich verband mit typischen Wesen. Charakteristisch war in diesem Sinne die „Marta in Schmerzen“, zu der J. S. Bachs Musik passte. Anders in den ägyptischen Tänzen, wo sie das Flächenhafte betonte. Im ganzen eine Kunst ohne Erosit, dagegen voll strommer Schen, naiv und voll hingabe an ein übergeordnetes Schicksal. Daraus erklärt sich, daß sie nie in allzu große Subjektivität verfiel, sondern immer ein gewisses Gleichmaß bewahrte, das jedoch auf die Dauer ermüdete. Als Ganzes aber besaß Charlotte Wara durch den Ernst und die Hingabe an ihre Kunst.  
Glasmosaik als Friedhofsschmuck. In diesen Tagen ist auf dem Friedhofe des Krematoriums in Kolkwitz eine Glasmosaik angebracht worden, zu der Hr. Prof. Sascha Schneider im Auftrage der Familie Glages den Entwurf angefertigt hat. Auf einem Unterbau von bayerischem Marmor steht die Urne, aber und hinter derselben erhebt sich das Bild. Dasselbe stellt einen aus Gläsern und Rauch emporschwebenden Engel dar. Die Farbenwirkung ist eine sehr starke, in rot, grau und gelb, den Urnenhof des Krematoriums außerordentlich belebend. Die Einfassung

des Bildes ist ein farbiger, ebenfalls in Kork ausgeführter Rahmen, der das Ganze gegen das helle Grau der Umgebung wirkungsvoll abhebt. Die Korkarbeit ist von der Korkfabrik Fabrik der Firma Billeroh & Woch ausgeführt worden.  
Aufklärung. Die Soldaten der Staatsober Reinhold und Walter Kreidewitz bitten um mitzuteilen, daß sie infolge Krankheit in den letzten Vorstellungen „Jugendrotten“ und „Verloren Braut“ die Solotänze nicht ausführen konnten.  
Beurlaubung Pattieros durch das Bühnenschiedsgericht. Lino Pattiera hat sich auf seine amerikanische Kunstfertigkeit begeben, ohne seine Verpflichtungen gegenüber der Wiener Staatsober zu erfüllen. Das Bühnenschiedsgericht besaßte sich mit dem Fall und verurteilte Pattiera zum Ausschluß aus der Bühnengewerkschaft für die Dauer von zwei Jahren und einer Konventionalstrafe von 500000 Kr.  
Wissenschaft und Technik. Zum Rektor der Universität Kiel für das Rektoratsjahr 5. März 1922 bis dahin 1923 ist der Orientalist Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Georg Jacob gewählt worden. Prof. Jacob, geboren 1862 zu Königberg i. Pr., erwarb in Leipzig den Doktorgrad und habilitierte sich 1892 in Greifswald. 1896 trat er in den Lehrkörper der Universität Halle über, wurde 1901 Extraordinarius in Göttingen, später ebenda Ordinarius und siedelte 1911 nach Kiel als Nachfolger von Prof. Georg Hoffmann über. Der Gelehrte gehört der bayerischen Akademie der Wissenschaften als korrespondierendes Mitglied an.  
Der Reichsforschungsdampfer „Poseidon“ hat im Auftrage der deutschen wissenschaftlichen Kommission unter Leitung von Prof. Dr. G. Schott eine vierzweckmäßige Forschungsfahrt bis in das innere Elagerral und die nördliche Norbsee zum Teil in norwegischen Gewässern ausgeführt. Sie

die nächste Sitzung auf Dienstag vormittag anzu-beraumen.

Seine Nachrichten.

Berlin, 11. November. Der Ministerdirektor im Reichsministerium des Innern Frh. v. Werser ist zum Staatssekretär in demselben Ministerium, der bisherige Geh. Regierungsrat Brecht in der Reichskanzlei zum Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern ernannt worden.

Die Pressemeldung, daß die nach Paris gelieferten Holzhäuser dem französischen Einfuhrzoll unterliegen, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist im Gegenteil ausdrücklich vereinbart worden, daß von diesen Häusern kein Zoll zu entrichten ist. Diese Vereinbarung ist offenbar den französischen Zollbehörden nicht rechtzeitig mitgeteilt worden, jedoch anfänglich tatsächlich Zollschwierigkeiten an der französischen Grenze beim Transport der Häuser entstanden. Diese Schwierigkeiten sind indes seit längerer Zeit durch Verhandlungen mit der französischen Regierung und entsprechende Anweisung der Zollbehörden beseitigt worden. Das Zugeländnis eines Eingangs-zolls ist durch Deutschland in seinem Falle erfolgt.

Gelesen mittig empfangt der Reichskanzler den päpstlichen Nuntius Vaccelli, der vom Reichsstaatsabgeordneten Haas begleitet war. Der preussische Justizminister hat am 10. d. M. an sämtliche Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte eine Verfügung ergehen lassen, in der auf einen Kundenerfolg des preussischen Staatskommissars für Vollstreckung vom gleichen Tage Bezug genommen wird. Der Justizminister erbetet an, daß, soweit nach diesem Kundenerfolg ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft wegen Preis-treiberei in Frage kommt, zu einem energischen und so raschen Vorgehen im Interesse des wirtschaftlichen Friedens und zur rücksichtslosen Unterdrückung spekulativer Auswüchse geschritten werden soll.

Freiburg i. B., 12. November. Der Ausverkauf in Rittel- und Säckchen hat nicht nur auf alle größeren Städte, wie Freiburg, Lorch, usw. übergriffen, sondern auch in die kleinen Schwarzwaelder bringen die Ausländer, um möglichst viel aufzukaufen. Die Preise steigen insgeheim sprunghaft zum größten Unwillen der einheimischen Bevölkerung. In Mannheim hat die Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses beantragt, für den Aufenthalt von Ausländern eine Steuer einzuführen, die in der Währung ihres Heimatlandes zu entrichten ist.

Danzig, 12. November. Die von den Deutschen zur Dirschauer-Stadtverordnetenwahl aufgestellte Kandidatenliste ist von der Wahlkommission gestrichelt worden. Die Wahlkommission erklärte, daß die ersten 30 Kandidaten der polnischen Liste als gewählt zu gelten hätten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Nov. Beginn der gestrigen Sitzung 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Anfragen. Auf eine kommunistische Anfrage wegen Bestimmung des Reichsbudgets an der Reichsbank Ludwig v. Wittich wird regierungsfreig erwidert, daß die Führung dem verstorbenen früheren König von Bayern in seiner Eigenschaft als Generalfeldmarschall erwiesen worden sei. Auf eine deutschkommunistische Anfrage wegen erweiterter Bagatelldelikt, um die rasche Abfertigung der Kartoffeln zu erleichtern, erwidert ein Regierungsvertreter, daß die Regierung stets bemüht gewesen sei, für pünktliche Lieferung von Wagen zu sorgen und durch zeitweise Sperrung des Straßenverkehrs auch mehr Wagen freibekommen habe, so z. B. für Pommern im letzten Monat 10 000 Wagen mehr als im Vorjahre.

Nach Verweigerung des Entwurfs über Rotpandemamassnahmen für die Invalidenrentner an den Sozialen Ausschuss legt das Haus die Aussprache bei der zweiten Lesung des Besoldungsgegesetzes fort.

Abg. Frau Jitz (Unabh.) bringt ihren gestrigen Antrag auf Umformung der 13 Gruppen wieder ein und begründet für den Fall seiner wiederholten Ablehnung den weiteren Antrag, an die Gruppen 1 bis 9 sofort die Erhöhungen zu zahlen, die Zahlung für die Gruppen 10 bis 13 aber von einer schleunigen endgültigen Regelung der Besoldungsfrage abhängig zu machen. Auch die Kommunisten bringen wieder ihren gestrigen abgelehnten Antrag auf Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe von 3000 M. für alle Einkommen unter 30 000 M. wieder ein. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten bringen den Antrag ein, möglichst bald in eine Nachprüfung der Bezüge der Reichsbeamten sowie der noch vorhandenen Spannung in den Bezügen der Beamten- und einzelnen Ortsklassen einzutreten.

Alle Änderungsanträge werden gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen, ebenso die Entschließung der bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten.

Für die Wirtschaftshilfe tritt Abg. Barth (Kom.) nochmals ein.

Auch dieser Antrag wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Jitz (Unabh.), die durch die Besoldungsordnung den Gemeinden erscheidenden Kosten auf das Reich zu übernehmen, nachdem ein Regierungsvertreter erklärt hatte, daß bereits eine Vereinbarung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden über diesen Punkt getroffen worden sei.

In dritter Lesung bemerkt Abg. Wipers (Delfe), die Nachprüfung sei eine Notwendigkeit. Kur in Erörterung dieser Nachprüfung stimmt eine Partei der Vorlage zu.

Abg. Frau Jitz (Unabh.) nimmt nochmals den Kampf für ihre Anträge auf.

Die Vorlage wird in dritter Lesung gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgen Interpellationen der Deutschen Nationalen wegen Aufhebung der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Produkte und Getreideverfälschungen sowie Interpellationen der Sozialdemokraten über Bucherpreise, sowie der Unabhängigen über die Verlehrsregelung mit Kartoffeln verbunden mit Anträgen der Unabhängigen auf Erhöhung der täglichen Rationierung und Regelung des Getreideverkehrs, sowie einem sozialdemokratischen Antrag über den gleichen Gegenstand.

Abg. Hemmer (Deutschlan.) begründet die beiden Interpellationen seiner Partei. Die Preissteigerung für das im freien Verkehr verfügbare Getreide hat auch bei uns lebhaften Unwillen hervorgerufen. So lauchten allerlei Gerüchte über Verschlebung von Getreide ins Ausland auf. Alle diese Gerüchte haben sich als bloße Behauptungen herausgestellt. Positive Beweise liegen nicht vor. Anders aber steht es mit den Kartoffeln. Hier ist tatsächlich der Nachweis erbracht worden, daß ganze Hügel mit Kartoffeln nach der Westgrenze verschoben worden sind. Wir fragen die Regierung, was an diesen Gerüchten Wahres ist und was sie zur Kontrolle der Verlehrsung getan hat. Wir verlangen für die Schieber schwere Justizstrafen. Die Landwirtschaft hat ein Recht zu fordern, daß ihre Erzeugnisse allein der Heimat zugute kommen. (Beifall.)

Abg. Krähig (Soz.) begründet die Interpellation seiner Partei über den Preiswucher. Wenn der Reichskanzler gegen die neue Welle des Wuchers, wie er sagte, energisch vorgehen will, so wird er uns hinter sich ziehen. Die schönsten Worte der Minister finden keinen Widerhall, wenn die Kartoffelpreise weiter steigen. Der Selbstkostenpreis stellt sich auf 35 bis 40 M. für den Zentner. Demnach könnten die Kartoffeln mit 50 M. verkauft werden. Der Satz von 75 M. ist aber heute schon billig zu nennen. Millionen von Arbeitern können den Preis für das freie Getreide nicht bezahlen. Wir sind bereit, den Reichskanzler im Kampfe gegen den Wucher kräftig zu unterstützen. Es müssen aber durchgreifende Maßnahmen sein.

Abg. Frau Wurm (Unabh.) begründet die Anträge auf Erhöhung der Rationierung und der Getreideumlage. Nicht die Eisenbahn allein trage die Schuld am Kartoffelmangel, sondern auch der hohe Wille der Landwirtschaft, die Bucherpreise einheimen wolle. Der Preis von 75 M. sei unerhöhter Wucher. Wunden müsse man sich über die Ruhe der Bevölkerung wie über die Unzufriedenheit der Regierung. Nur die Sozialisierung der Wirtschaft könne helfen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Hermes: Je länger die Zwangswirtschaft besteht, desto mehr macht sich ihre demoralisierende Wirkung geltend. Die Regierung wüßte schließlich die Zwangswirtschaft befristigen, um die Produktion zu verwehren. Was weiter geplant ist, werde ich bei der Beratungen sagen. Der Wunsch auf völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft kann aber nicht erfüllt, das Um-lageverfahren nicht erachtet werden. Von einer neuen Zwangswirtschaft der Landwirtschaft oder der Kartelle der Landwirtschaft der Balkan. Die neue Steigerung der Margarine beträgt 175 Proz., der Satz der Marg in der gleichen Zeit 180 Proz. Verschlebung von Getreide ins Ausland haben sich überhaupt nicht feststellen lassen. Gegebenenfalls wird energisch vorgegangen und Justizstrafen eintreten. Nur über das Getreide, das im Ein-lage mit den Kartellen ins besetzte Gebiet gelangt, steht die Kontrolle. Ein Kartoffel-Preis von 50 M. ist nicht zu hoch. Der pöbliche große Bedarf des Westens ist auf die schlechte Ernte zurückzuführen sowie auf den Ansturm der Käufer auf Mecklenburg und Pommern. Von einer Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte ist keine Rede. Einseitliche Richtpreise für das ganze Reich lassen sich nicht festlegen. Zwangskartoffelumlage hat keinen Zweck. Wir haben 27 Millionen Tonnen gemietet. Die für die Ernährung notwendigen Mengen sind bereits abtransportiert worden. Der Antrag der Unabhängigen ist daher unannehmbar. Die Gerüchte über Kartoffelverschlebung beruhen zum Teil auf den Lieferungen, die wir nach Österreich, Frankreich und Belgien zu machen hatten. Keine Regierungshilfe ist offiziell aus-gesprochen und ebenso für die kleinen Rentner und Beamten sorgen. Grundlegende Mithilfe kann aber nur durch Erhebung der Kartellanteile eintreten. Das liegt man auch im Ausland ein. (Beifall.)

Das Haus beschließt die Bejehrung der Interpellationen.

Abg. Schlot (Soz.): Können die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht für das nächste Jahr die Bedürfnisse der breiten Schichten an Getreide und Kartoffeln sicherstellen, so bleibt uns allerdings kein anderer Weg als die Ausdehnung der Zwangswirtschaft.

Hiernach verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, den 17. November, nachmittags 1 Uhr: Interpellationen, Fortsetzung der heutigen Debatte, kleinere Vorlagen. Schluß 1/2 9 Uhr.

Arthur v. Gwinner über das Finanz-elend Deutschlands.

London, 12. November. In einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter des Daily Chronicle erklärte Arthur v. Gwinner: Das Finanzelend Deutschlands sei so groß, wie nur irgend möglich. Es sei unmöglich, zu erwarten, daß Deutschland die unendliche Reparationssumme, die festgelegt wurde, bezahlen könne. Deutschland müsse eine Rempaute in Form eines Moratoriums erhalten. Die Ausführung des Weisbedenkter Abkommens sei ebenso unmöglich wie die Durchführung des gesamten Versailles Vertrages. Es gebe nur einen Ausweg, nämlich sich zusammensetzen und die ganze Frage neu zu regeln. Wenn dies

nicht geschehe, sehe man vor einer europäischen Katastrophe.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Paris, 12. November. Der sozialistische Abgeordnete Baisly rief als Vorsitzender des Aktionskomitees für den Wiederaufbau seine Kollegen aus den befreiten Gebieten zusammen, damit eine Propaganda zugunsten eines Referendums unter den Geschädigten entfaltet werde. Der Entschluß ist getroffen worden, weil Baisly erklärt hatte, man müsse, bevor man deutsche Arbeiter annehme, erst wissen, ob die große Mehrheit der Geschädigten sie haben wolle.

Die westungarische Frage.

Wien, 12. November. Die Interalliierte Generalkommission in Lebendorf hat durch eine an den Bundeskanzler gerichtete, vom Präsidenten der Kommission unterzeichnete Note heute die österreichische Regierung aufgefordert, unverzüglich die Befragung der durch die Verträge von St. Germain und Trianon Österreich zugesprochenen westungarischen Gebiete mit Ausnahme der im Beneidiger Protokoll bezeichneten Abteilungs-territorien vorzunehmen. Die österreichische Regierung tritt nunmehr die nötigen Maßnahmen, damit in den nächsten Tagen das Bundesrecht und die Genbarmerie einmündlicher können. Zugleich wird auch alles vorbereitet, damit die österreichische Zivilverwaltung, sobald dies nach militärischer Ansicht möglich ist, unverweilt eingerichtet werden kann. Die Beizung des Gebietes geht unter einheitlicher militärischer Leitung unter dem Kommando des Majors Liboschik vor sich, dem eine mit entsprechenden Soldmächten ausgestattete Zivilverwaltung beigegeben wird, durch die der Dienst der österreichischen Zivilverwaltung entsprechend den militärischen Notwendigkeiten geleitet werden wird.

Das Übereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und Polen.

Wien, 12. November. Wie die Wiener Mittagszeitung meldet, verhandelt in gut unter-

Advertisement for SALEM ALFIKUM GOLD ZIGARETTEN featuring an illustration of a woman in a dress holding a tray with a cigarette pack. Text includes 'rauchen nach wie vor', 'SALEM ALFIKUM GOLD ZIGARETTEN', and prices for various quantities.

vor der Untersuchung der Gasverhältnisse des Meereswassers von der Oberfläche bis zum Boden geschwindet und soll sehr vollständiges und wertvolles Untersuchungsmaterial erbracht haben.

Die im Piperischen Verlag in München erscheinende Deutsche Gesamtausgabe der Werke Schopenhauers, die im Anfang nächsten Jahres mit dem sechsten Bande ihre Fortsetzung findet, ist in umfänglicher Sammlung alle Schopenhauer-Briefe und Schopenhauer-Dokumente vereinigen. Darum ergeht die Bitte an jeden, der im Besitze von Briefen von und an Schopenhauer, sowie der Familie Schopenhauers, von Schriftstücken seiner Hand oder seine Person betreffend, von Büchern aus seiner Bibliothek, Porträts seiner selbst oder seines Kreises, oder sonstigen Erinnerungsstücken sich befindet, oder aber deren Vorhandensein unterrichtet ist, darüber an Dr. Carl Gebhardt, P. A. der Stadtbibliothek, Frankfurt am Main, mit möglichst genauer Angabe Kenntnis zu geben. (Ausgaben werden erbet.)

Im Sommersemester 1920 war die Besucherzahl der deutschen Universitäten im Gegensatz zu dem vorhergegangenen Wintersemester nicht unbedeutend gesunken. Im Wintersemester 1920/21 ist dagegen wieder eine geringe Steigerung der Zahl der Studierenden eingetreten. Mit Ausnahme von Königsberg waren im Wintersemester 1920/21 84 837 Studenten gegen 84 142 im Sommersemester immatrikuliert. Davon entfallen auf Berlin etwa 12 500 Studierende. Über 5 000 Studenten haben ferner München, Leipzig, Breslau und Bonn. Über 4 000 hat Köln, über 3 000 Münster, Frankfurt, Würzburg, Halle, Hamburg, Göttingen, Freiburg i. B., über 2 000 Studierende haben Tübingen, Heidelberg, Marburg, Jena, und zwischen 1 000 und 2 000 Kiel, Göttingen, Greifswald und Rostock.

Am 2. Kongress der internationalen Universität in Brüssel, der vom 20. August bis 5. September 1921, tagte nahmen teil die Universitäten von 21 verschiedenen Ländern, die 97 Professoren entsandten. England 29,

Frankreich 83, Italien 62, Spanien 3, Rußland 14, Holland 16, Belgien 11, Schweiz 24, Rumänien 2, Japan 3, Ägypten 4, Kuba 1, Tschechoslowakei 2, Polen 6, Vereinigte Staaten 25, Argentinien 1, Schweden 5, Dänemark 4, Serbien 1, Indien 1.

Die Vertreter der Studentenschaften von 17 verschiedenen Ländern nahmen an den 14-tägigen Kursen teil. Eine Reihe der berühmtesten Professoren der Welt hielten Vorlesungen, wie z. B. Claparède (Schweiz) Experimentelle Psychologie — Duguit (Frankreich) Das öffentliche Recht und die Staatssozialwissenschaft — Boulanger (Belgien) Die Lehre von der Rassenpflege — Richards (Schweiz) Die Auswanderung nach dem Weltkrieg — Fayot (Frankreich) Die Organisation der intellektuellen Arbeit — Dubois (Indien) Die Metaphysik der Hindu — Dubois (Amerika) Das Problem der schwarzen Rasse — Brody (Rußland) Der Unterricht in Rußland vor dem Kriege.

Während es trotz aller neueren Versuche doch noch nicht so recht gelingen will, das Leben der Menschen zu verlängern, ist dies einem Schweizer Gelehrten, Louis Deshautes, wenigstens bei den Schmetterlingen gelungen. Er hat es fertiggebracht, das Leben dieser ammutigen, aber so reich vererbten Tischen um das Fünf- bis Sechsfache ihrer normalen Lebenszeit zu verlängern. Er fand durch zahlreiche Versuche heraus, daß Schmetterlinge, wenn man sie an abwechselnden Tagen in eine Temperatur gerade unter dem Gefrierpunkt oder wenigstens abereinstimmend mit ihrer Muttemperatur bringt, 30 bis 35 Tage leben, während sie unter den natürlichen Bedingungen nur ein Dasein von sechs oder sieben Tagen haben. Während dieser verlängerten Lebenszeit legen die Tiere zweieinhalbmal so viel Eier als unter normalen Verhältnissen. Es ist damit gezeigt, daß gewisse Insekten unter besonderen klimatischen Verhältnissen viel länger leben können, und der Gelehrte hofft sogar, daß es möglich sein wird, diese neuartigen Versuche auch auf den Menschen anzuwenden.

Der Giftstoff in Paris beginnt jetzt mit einem drahtlosen Telephon dienst, bei dem auch Anschlüsse von Privatorganisationen, wie Banken und Zeitungen, vermittelt werden können, wenn diese ihre eigenen Empfangsapparate besitzen. Der Leiter des französischen Militärbüros für drahtlose Telegraphie, General Gertie, hofft, daß es in einer nahen Zukunft möglich sein wird, jeden gewöhnlichen Telephonanschluß mit einem drahtlosen Apparat zu versehen, jedoch der Teilnehmer eine Telephonnummer in London verlangen und mit Hilfe der drahtlosen Telephonie in wenigen Sekunden verbunden werden kann.

Literatur. Der überaus umfangreiche Nachlaß Christian Morgensterns enthält auch Kinderlieder. Morgenstern, der seine Goldenlieder für das Kind im Jahre geschrieben hat, der in Stunden, wo ihn die Krankheit nicht ernsthaft arbeiten ließ, aus Zeitdrängen und skizzenhaften Bildern ausschnitt, um für Kinder von Freunden Bilderbücher zu haben, mußte sich seiner ganzen Bewusstheit nach auch manchmal gedrängt fühlen, Kindern durch ein Gedicht eine Freude zu machen. Diese über die ganze Schaffenszeit des Dichters verstreuten Kindergedichte hat Margareta Morgenstern gesammelt und jetzt im Verlage Bruno Cassirer unter dem Titel „Klein Mädchen“ veröffentlicht.

Bildende Kunst. Bei der Versteigerung einer wertvollen Kupferstichsammlung alter und moderner Meister bei C. E. Boerner in Leipzig wurden außerordentlich hohe Preise erzielt. Die Preise steigerten zu Höhen empor, wie sie auch auf der David-John-Versteigerung bisher nicht erzielt wurden. So brachten u. a. von den Kupferstichen Dürers Christus am Kreuz 66 000 M., Die Jungfrau mit der Birne 68 000 M., Madonna mit der Meerlilie 55 000 M., Heiliger Georg zu Pferde 70 000 M., Heiliger Hieronymus in der Hölle 84 000 M., Raub einer Frau 39 000 M., Der verlorene Sohn 105 000 M. (vom Germanischen Museum erworben), Melancholie 62 000 M., Die große Fortuna 71 000 und 80 000 M. Der

Traum 100 000 M., Der Spaziergang 80 000 M. und von den Holzschnitten: Die große Passion 50 000 M., Die kleine Passion 64 000 M., Eberhard Johann 70 000 M. Auch Albrecht Dürer, Altdorfer u. a. wurden hoch bezahlt. Hans Burgkmair der Jüngere schickte mit dem Bogen erzielte 29 000 M. (vom Stuttgarter Kabinett erworben). Der junge Weis-König 26 000 M. (Amsterdamer Museum), Maximilian, nach links galoppierend, 45 000 M. Von den anonymen deutschen Meistern des 15. und 16. Jahrhunderts brachten die Torenkrönung und Verpöndung Christi, ein Unikum, 96 000 M., Heilige Katarina, mittelrheinischer Holzschnitt, 21 000 M., Christus am Kreuz, süddeutsch, 50 000 M.

Theater und Film. Der Jittauer Stadtrat gibt folgendes bekannt: Die gegenwärtige Spielzeit des Stadtheaters leidet unter einem unverhältnismäßig schlechten Besuche. Diese Erscheinung ist um so mehr zu bedauern, als es den Bemühungen der Theaterleitung gelungen ist, gerade in diesem Jahre eine vorzügliche Künstler-schaft für Schauspiel und Operette heranzuziehen. Diese Bemühungen der Theaterleitung verdienen die Unterstützung der Jittauer Einwohnerschaft eine größere Unterstützung als dies bisher leider zu verzeichnen gewesen ist. Sollte der Besuch des Theaters auch künftig in dieser behauerlichen Weise zu wünschen übrig lassen, so würde es unangenehm sein, die Spielzeit aufrechtzuerhalten, und die Jittauer Einwohnerschaft würde durch diesen mangelhaften Besuch selbst befunden, daß sie keinen Wert auf die Aufrechterhaltung des Stadtheaters legt. Daß die Schließung des Stadtheaters einen kulturellen Rückschritt bedeuten müßte, bedarf keiner weiteren Darlegung. Die Jittauer Einwohnerschaft hat sich in der Vergangenheit stets als kunstliebend und kunstverständnis gezeigt. Es darf deshalb gehofft werden, daß sie künftig auch dem Stadtheater als einer Pflegstätte der Kunst nachhaltigere Förderung zuteil werden läßt als bisher.

Büro-Ausrüstungen



A. Weißloch  
Zinzenborfstraße 2 b  
1. Stock.

5493

richteten diplomatischen Kreisen, daß das Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Polen ein Wert Frankreich sei. Die polnische Regierung soll den Kredit von 500 Mill. Frs. nur unter der Bedingung erhalten haben, daß ein Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei abgeschlossen werde, dessen Spitze sich gegen Deutschland richte.

Die Hungersnot in Rußland.

Heljingsfors, 12. November. Der Kolonialminister Winolatorow schreibt, daß es der Regierung unmöglich sei, ohne auswärtige Hilfe die Hungersnot in Rußland zu bekämpfen. Wenn Europa nicht eingreife, müßten wenigstens 10 Millionen Menschen wegen Mangels an Nahrungsmitteln umkommen.

Der französisch-italienische Handelsvertrag vom Jahre 1898.

Paris, 12. November. Savas meldet, daß die französische Regierung auf den Handelsvertrag verzichte, der zwischen ihr und Italien im Jahre 1898 abgeschlossen wurde. Der Vertrag wird am 31. Januar 1922 ablaufen. Die Kündigung dieses Handelsvertrages mit Italien darf, so heißt es in der Savasmeldung weiter, nicht als ein Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien ausgelegt werden und noch viel weniger als ein Handelskrieg. Die französische Regierung hat Italien übrigens eine vorläufige Regelung vorgeschlagen, damit in den vertraglichen Beziehungen keine Unterbrechung eintrete. Es handelt sich darum, den Handelsvertrag mit Italien der gegenwärtigen Wirtschaftslage anzupassen. Die Aufrechterhaltung des gegenwärtig bestehenden Abkommens versetzt Frankreich in eine durchaus ungünstige Lage, weil Frankreich Italien einen Minimaltarif mit einem Nachschuß von 300 Proz. gewährt, während es andererseits nicht eine entsprechende Behandlung genießt.

Das Abkommen zwischen der französischen Regierung und der Regierung von Angola.

Paris, 12. November. (Savas.) Die englische Botschaft hat ein Schreiben übermittelt, worin sie erklärt, daß sich das Abkommen zwischen der französischen Regierung und der Regierung von Angola merklich von dem unterscheidet, das im letzten März in London zwischen Briand und Bristo-Sami Bey abgeschlossen wurde und gegen das die englische Regierung Einwürfe machte, die sie aber nicht aufrechterhielt, da das Abkommen von der Regierung von Angola nicht ratifiziert worden war.

London, 12. November. Eine Note des Neuterischen Bureau besagt: England erwarte die Antwort Frankreichs auf die Denkschrift betreffend den Vertrag von Angola, um genau zu erfahren, welche Aussichten auf eine gemeinsame Aktion zur Beendigung des türkisch-griechischen Krieges bestehen. Zu diesem Zweck sei es wesentlich, zu wissen, ob die Bestimmungen des Abkommens von London noch in Kraft seien.

Paris, 12. November. Eine Erklärung der Sonderagentur wendet sich klar gegen die Note der britischen Botschaft. Im Gegensatz zur englischen Ansicht behaupte ein gewaltiger Unterschied zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten seitens der Regierung von Angola und dem Friedenszustand mit der Türkei. Ferner wurde in dem Abkommen mit der britischen Regierung von Angola nicht im voraus die Frage der endgültigen türkischen Regierung entschieden. Frankreich hat nur mit der tatsächlichen örtlichen Behörde in Anatolien verhandeln können. Was die Klausel zugunsten der Minderheiten anbelangt, so ist diese durch den Vertrag mit den verübenden Mächten selbst vorgegeben worden. Frankreich ist ganz besonders glücklich darüber gewesen, für die sehr bedrohte Bevölkerung etwas zuzugeben. Im ganzen umfaßt das örtliche Abkommen von Angola, das die Einstellung der Feindseligkeiten zum Gegenstand hatte, keine Klausel, die einen Grund zu englischen Einwüfen geben könnte.

Der allgemeine Ausstand in Rom.

Rom, 12. November. Obwohl der Ausstand noch andauert, sind hier mehrere Eisenbahnzüge

eingetroffen und von hier abgegangen. Fast sämtliche Läden sind geöffnet. Das Aussehen der Stadt ist fast normal. In einigen Stadtvierteln kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Faschisten. Nach den letzten amtlichen Meldungen sind dabei am 9. und 10. d. M. 4 Personen getötet, 13 mehr oder weniger schwer sowie mehrere leicht verletzt worden, darunter 9 Polizeibeamte. Gestern abend und heute früh sind die Zeitungen erschienen.

Amerika gegen eine Streichung der allgemeinen Kriegsschulden.

London, 12. November. Mac Kennan, der gestern abend aus Amerika zurückgekehrt ist, erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, die allgemeine Ansicht in den Vereinigten Staaten von Amerika sei gegen eine Streichung der allgemeinen Kriegsschulden. Man erwartet zwar in Amerika nicht, daß Finanzströme auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz erdört würden, gebe jedoch die Möglichkeit zu, daß dies doch der Fall sein könnte.

Der Zustand Wilsons.

Paris, 12. November. Stephan Langzanne berichtet im "Matin" aus Washington: Wilson wohnte der Eröffnung der Konferenz trotz der herzlichen Einladung Harding nicht bei. Sein Zustand sei tragisch. Er sei teilweise gelähmt. Jede Bewegung sei ihm außerordentlich schmerzhaft. Geistig sei er aber vollkommen tätig und verfolge mit größter Aufmerksamkeit alle Weltereignisse.

Laufung Ratgeber bei der chinesischen Gesandtschaft.

London, 12. November. Nach einer Washingtoner Meldung soll der ehemalige Staatssekretär Laufung den Posten eines Ratgebers bei der chinesischen Gesandtschaft angenommen haben.

Parteiabewegung.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete am Freitag abend eine Versammlung, in der nach einleitenden Worten Sanitätsrat Dr. Kreyhschmars der Reichstagsabgeordnete Schiele das Thema "Volk in Not" behandelte. Die gegenwärtige und die kommende Verelendung Deutschlands wurde an einem umfangreichen Zahlenwert veranschaulicht. Die Kyppter und die Jren, so führte der Redner aus, hätten nur unter einem Bedrückter zu leiden; gegen und vereinigen sich viele, Frankreich aber bleibe der Erbfeind. Seit 1917 frante das deutsche Volk an Führerlosigkeit; diese habe aber jetzt den Gipfel erreicht. Sechs Tage habe es der Anstrengungen der Deutschnationalen bedurft, um angesichts der Bedrohung Oberdeutschlands die Einberufung des Reichstags zu erreichen. Was werde nun mit Memel, Dantzig, dem Ruhrgebiet, Lutz, mit all den ungeliebten deutschen Franken werden? Wenn man bedenke, daß sich auf jedem einzelnen in Deutschland eine Schuldenlast von 7500 M. ruhe, so erkenne man die Unmöglichkeit der Erfüllungspolitik. Reichstagsabgeordneter Philipp ergänzte die Ausführungen seines Vortrageders. In der Wilhelmianischen Zeit habe Deutschland eine Politik von Fall zu Fall gemacht, aber immer unter dem Nimbus seiner militärischen Stärke; die jetzige deutsche Politik sei nicht anders, habe aber keine Autorität mehr. Es sei verhängnisvoll, von der Konferenz in Washington etwas für uns zu erwarten. Die Anlehnung an Rußland habe viel für sich, sei aber unmöglich, solange dort der Bolschewismus herrsche. Im Innern bedeute die Politik der Mitte eine Politik der Furcht. Der Redner kritisierte die einzelnen Parteien und legte schließlich dar, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten nun einmal erfolgen müsse.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

Auf Grund des Ges. vom 27. Mai 1918 zu befüllen eine händ. Lehrerstelle in Fuchshain b. Grimma. Geschl. Dienstzeit. Bem. (§ 4 der A.B. zum Ges. sind bis zum 30. Nov. einzureichen; — die Lehrerstelle an der Volksschule in Dornthal. Anst.-Beh.: Kultusministerium. Besoldung nach dem B.-G. Dienstwohnung. Dr. H. D. Kultusliche Befähigung erwünscht. Bem. bis 30. Nov. an den Schulrat zu Freiberg.

Teilweise Fortsetzung der Personendampferfahrten.

Um den Bewohnern der Elbortshafen noch Gelegenheit zum Güterversand zu bieten, wird die Sächsische-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft nach Einstellung ihrer täglichen sächsischen Fahrten noch folgende Fahrten ausführen, sofern nicht Eisbildung eintritt: Mittwoch, den 16. und Freitag, den 18. d. M. vormittag 10 Uhr von Dresden nach allen Stationen bis Schandau und bis Riesa. Mittwoch, den 16., Donnerstag, den 17. und Sonnabend, den 19. d. M. früh 7,15 Uhr von Riesa nach allen Stationen bis Dresden und Dienstag, den 15.,

Tonnerstag den 17., und Sonnabend, den 19. d. M. vormittags 10,30 Uhr von Schandau nach allen Stationen bis Dresden. Personen werden mit diesen hauptsächlich für die Frachtbeförderung bestimmten Schiffen ebenfalls befördert.

Die Zuckerknappheit.

Vom Verein sächsischer Zuckergroßhändler (Siz Dresden) wird uns geschrieben: Die jetzige Zuckerknappheit beruht in der Hauptsache auf einer ganz ungenügenden Wagenstellung seitens der Reichseisenbahnen, da auf Verfügung des Reichsverkehrsministeriums zunächst alle gedekten Güterwaggon zur Beförderung von Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist deshalb dringend geboten, damit die vorläufig spärlich eingehenden Zuckereinfuhren einer möglichst gleichmäßigen Verteilung zugänglich gemacht werden können, daß von Hamstereinkäufen abgesehen wird und daß der Kleinhandel an die einzelnen Käufer zunächst nur pfundweise abgibt. In vereinzelten Fällen ist die Beobachtung gemacht worden, daß in Ausnutzung der Zuckerknappheit zu hohe Preise verlangt werden. Es wird deshalb, um jeder ungeschlichen Preisbildung vorzubeugen, im Einvernehmen zwischen Groß- und Kleinhandel, unter Verhandlung mit den amtlichen Stellen, festgestellt, daß unter Berücksichtigung aller Verhältnisse für den Preis für einen Kleinhandelspreis für gemahlene Zucker von 4,70 M. für Würfel und andere Sorten von 4,90 M. für ein Pfund als angemessen zu bezeichnen ist und zwar auf Basis des von der Deutschen Zuckerrückwarenstelle, Berlin, zurzeit festgesetzten Raffineriepreises, des jetzigen Umlohnpreises und der jetzigen Verbrauchssteuer. Hierbei sei erwähnt, daß sich der Zuckerrückwarenstelle etwa 97 Prozent der gesamten Zuckereinfuhr angegeschlossen haben. Die wenigen nicht angeschlossenen Fabriken verlangen zwar höhere Preise, der von diesen erzeugte Zucker wandert aber zumeist in die zuckerverarbeitende Industrie, kommt somit für die Mundzuckerzufuhr kaum in Frage.

sk. Leipzig. Das Reichamt (technische Abteilung) hat beschlossen, unmittelbar am Zoologischen Garten Ausstellungshäuser nach Art desjenigen am Alten Theater zu errichten. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach zur Herbstmesse 1922 fertiggestellt sein. Die Beteiligung ist jetzt schon eine sehr rege.

Leipzig. Das Staatsgymnasium in Wurzen, jetzt humanistisch, wird von Ostern 1922 ab in ein Reformgymnasium nach Preidner Muster umgewandelt.

Chemnitz. Der Stadtrat zu Chemnitz hat beschlossen, die Abteilung für Leibschiffahrt mit dem Oberamt unter dem 1. Dezember d. J. zu einem Amt für Leibschiffahrt zu vereinigen.

Plauen. Der Lehrkörper im Plauen i. S. hat sich mehrfach eingehend mit der Frage der Umwandlung des Plauer Seminars beschäftigt und hat sich aus pädagogischen und sozialen Gründen für die Umwandlung des Seminars in eine Aufbauschule entschieden, die sich auf das 7. Volksschuljahr aufbaut und in sechs Stufen zur Hochschule führt. Die Bezirksdirektoren von Plauen I und II schließen sich dem Wunsch des Plauer Lehrkörpers an und der Bezirkslehrerausschuss für Plauen I unterstützt einmütig den Vorschlag.

Warzenburg. In Warzenburg ist eine Landwirtschaftliche Winterschule eröffnet worden.

Glauchau. Hr. Anstalt in Glauchau, Turnerstraße 20, III, teilt mit, daß er niemals Mitglied der Organisation "Brüder vom Stein" gewesen sei. Pirna. Zu den in Nr. 258 unseres Blattes unter der Überschrift "Organisierte Konterrorvolution in Sachsen" mitgeteilten Einzelheiten übersendet uns Oberbaurat Seifert, Vorstand des Straßen- und Wasserbauamtes Pirna, eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß er nicht Mitglied, also auch nicht Schriftführer des Vereins der "Brüder vom Stein" und auch nicht Mitglied eines Bezirksfinanzprüfungsausschusses gewesen sei.

Kunstanzeigen.

Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper. Opernhaus. Sonntag, den 13. November, "Die Meistersinger von Nürnberg". Besetzung: Hans Sachs — Arthur Fleischer, Bogen — Georg Jostmann, Vogelgesang — Friedrich Zofel, Beckmesser — Ludwig Ermold, Kothler — Rudolf Schmalnauer, Walter v. Stolzing — Fritz Vogelstrom, David — Hans Rabiger, Eva — Elise Stänger, Magdalene — Helene Jung. Musikalische Leitung: Hermann Kupfchach. Spielzeit: Georg Toller. Anfang 7 1/2 Uhr. Montag, den 14. November, "Bohemia". Besetzung: Bohemia — Josef v. Schud, Alfred Gormont — Oskar Wittenberg, Georg Gormont — Waldbomar Stoenemann. Musikalische Leitung: Kurt Ertler. Spielzeit: Georg Toller. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Montag, den 14. November nächste Aufführung von Lessings "Minna von Barnhelm" in der bekannten Besetzung. Spielzeit: Alexander Wierth. Anfang 7 Uhr. In den Kattenberglaufställen der Beselhalde und des Jubalibendantes findet



ARTIKELGESELLSCHAFT VORM. SEIDEL & NAUMANN DRESDEN

4300

der Verkauf für die laufende Woche diesmal für das Opernhaus bis einschließlich Montag, den 21. d. M., statt. Die Karten für beide Aufführungen von Richard Wagners "Parsifal" (Sonntag, den 20., und Montag, den 21. d. M.) sind also schon morgen, Sonntag, im Vorverkauf zu haben.

Die Frist zur Einlösung der Abonnementskarten für den zweiten Teil der Spielzeit 1921/22 läuft morgen, Sonntag, den 13. November, ab.

\* Reußänders Schauspielhaus. Montag, am 14. November, zum erstmaligen Jahrmart in Putschnitz, ein dionysischer Schwank in drei Akten von Walter Garian. In den Hauptrollen: Richard Frey, Agnes Hammer, Walter Strom, Irma Reppig, Gustav Ulrich, Albert Witz, Walter Neumann, Charlotte Ritter, Rosa Klaus. Spielzeit: Max Reip. Vorverkauf an der Tageskasse von 10 bis 2 Uhr, sowie Jubalibendbank, Konzertdirektion F. Kies und Residenz-Kaufhaus.

\* Mitteilung aus der Kanzlei des Residenztheaters. Den diesjährigen Wünsch nach einer Platzmiete im Residenztheater glaubte die Direktion Rechnung tragen zu sollen. Aus diesem Grund werden für jede Platzgattung eine beschränkte Anzahl sogenannter Tüpeubarten, wie dies in anderen Großstädten üblich ist, ausgegeben. Die Benutzung dieser Karten hat den Vorteil, daß sie weder an die Person noch an den Tag gebunden ist. Vielmehr können beliebig viel dieser Karten bis 11 Uhr des Tages, an denen sie verwendet werden sollen, an der Kasse des Residenztheaters gegen die Eintrittskarten eingetauscht werden, sofern die betreffende Platzgattung überhaupt noch vorrätig ist. Als Preis kommt für zwölf Karten der Preis von zehn Karten in Anrechnung und hierauf erfolgt noch eine weitere Preisermäßigung. Zu einer Zeit, in der alle anderen Theater ihre Eintrittspreise erhöhen, bietet also die Leitung des Residenztheaters die Möglichkeit eines wesentlich verbilligten Theaterbesuches. Die Ausgabe dieser Tüpeubarten erfolgt erstmalig Dienstag, den 15. November, vormittags von 10 bis 2 Uhr an der Kasse des Residenztheaters.

\* Zentraltheater. Mittwoch, den 16. und Sonntag, den 20. d. M., wird nachmittags 1/4 Uhr die Operette "Der Fetter aus Pingsda" mit Gretel Zimmler, Elisabeth Friedrich und Oskar Wagner, Carl Ehrhardt-Hardt, Franz Köhler, Max Paschky in den Hauptrollen aufgeführt. Musikalische Leitung: Fritz Schmitz.

\* Karlheims (Karl Ullingers) Lustige Abende finden heute, Sonnabend, und morgen, Sonntag, 1/8 Uhr im Künstlerhaus statt. \* Sächsischer Kunstverein zu Dresden, Brühlsche Terrasse. Morgen, Sonntag, letzter Tag der Ausstellung mit Werken von Otto Schubert, Georg Lehme, Hans Lehme, Heinz Graf v. Ludner, Karin Fagner, Arno Dreifler, Erich Karl Herzog und hiesiger und auswärtiger Künstler. Geöffnet von 11 bis 2 Uhr. Wegen Ausbau der neuen Ausstellung bleibt der Kunstverein bis mit 19. November geschlossen. Wiedereröffnung am 20. November vormittags 11 Uhr.

\* Mitteilungen der Konzertdirektion F. Kies. Montag, 1/8 Uhr im Palmengarten Lieder-Abend von Margot Varendregt. — 1/8 Uhr im Vereinshaus Klavier-Abend von Walter Gieseling. — Dienstag, 1/8 Uhr im Palmengarten Lieder-Abend von Senta Kösel. — 1/8 Uhr im Künstlerhaus Lieder-Abend von Hertha Dehmlow. — Mittwoch (Haupttag) 1/8 Uhr im Palmengarten Klavier-Abend von Rudolf Feigert. — Der Symphonie-Chor fährt 6 Uhr in der Dreikönigliche das deutsche Requiem von Brahms auf. Dirigent: Karl Vembaur. — Freitag, im Kaufmannshaus Schubert-Schumann-Abend von Franz Wagner, Klavier, und Waldbomar Stoenemann, Gesang. — Sonnabend, 1/8 Uhr im Gewerbehause Tanz-Abend von Mary Wigman. — 1/8 Uhr in der Kaufmannshaus Konzert der Preß-Quartett-Vereinigung. — Im Künstlerhaus spielt der einarmige Pianist Paul Wittgenstein Werke für die linke Hand allein.

Katholische Hofkirche. Sonntag, den 13. November, vormittags 11 Uhr: Messe As-Dur von Reffiger, Graduale: Justus von Ed. Kretschmer Offertorium: Non nobis von Reffiger.

Neuheit: Verleihung von Lastkraftwagen ohne Fahrer auf längere Zeit unter besonders günstigen Bedingungen. Im Bedarfsfalle sofortige kostenlose Stellung eines Ersatzwagens. Übernahme jeglichen Risikos. Fachkundige Unterstützung des Leihers im Betriebe.

Kraftverkehrsgesellschaft „Freistaat Sachsen“ m. b. H. Dresden-A., Bismarckplatz 2, Tel. 15008 und 18042 Betriebsleitungen: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Rautzen.

Außerdem: Vermietung von Lastkraftwagen mit Fahrer auf kürzere Zeit. Übernahme aller Transporte — Baumaterialien, Kohlen, Gemüse, Obst, Kartoffeln — zum Zentnerpreis. 5074





Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schlossers und Materialwarenhändlers Karl Wilhelm Müller in Riederwitz wird hierdurch aufgehoben, nachdem der im Vergleichstermine vom 11. Oktober 1921 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 13. Oktober 1921 bestätigt worden ist. 6824 Amtsgericht Frankfurt, 3. November 1921.

Auf Blatt 1188 des Handelsregisters, die Firma Erzeugnisse Maschinenfabrik S. W. Schwitter & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiberg betr., ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 12. August 1921 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage auf einhundertfünfzigtausend Mark erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 5 abgeändert worden. 6825 Amtsgericht Freiberg, 11. November 1921.

Heute ist eingetragen worden a) auf Blatt 171 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Bürgerliche Brauerei Johannegeorgenstadt in Johannegeorgenstadt betr., b) auf Blatt 5 des hiesigen Genossenschaftsregisters, die Genossenschaft Bürgerliche Brauerei Johannegeorgenstadt betr.: Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen. Die Vollmachten der Liquidatoren sind erloschen. 6826 Amtsgericht Johannegeorgenstadt, 9. Nov. 1921.

Das im Grundbuche für Leipzig-Städterly ob. Teils Blatt 55 auf den Namen des Kaufmanns Robert Arthur Schwibbe in Leipzig-Städterly eingetragene Grundstück soll

Sonnabend, am 7. Januar 1922, vorm. 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Peterssteinweg 8, II., Zimmer 127, im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 10,6 Ar groß, mit 233,33 Steuerninheiten belegt und auf 61200 M. geschätzt. Es wird aus dem Flurbuch 73 gebildet, liegt in Leipzig-Städterly, Lange Reihe 26, besteht aus Wohnhaus, Stall- und Wirtschaftgebäude, Schuppen und Garten und ist zur Grundfläche unter 179 mit 15600 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 8. August 1921 veräußerten Veräußerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Veräußerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Veräußerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Veräußerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Veräußerungserlöses an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt. 6829 Amtsgericht, Abt. II A 2, Leipzig, 10. Nov. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 16523, betr. die Firma Otto Kruse in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Paul Otto Kletterer in Leipzig;

2. auf Blatt 14772, betr. die Firma Chemische Fabrik Neumibal. West Hermann Neumeister in Leipzig: Anna Stofale verm. Kreumeister geb. Liebert ist als Gesellschafterin ausgeschlossen;

3. auf Blatt 10344, betr. die Firma E. Hilpert & Co. in Leipzig: Emil Max Hilpert ist — infolge Ablebens — als Inhaber ausgeschieden. Otto Erbmannthe verm. Hilpert geb. Trautmann in Leipzig ist Inhaberin. Ihre Procura ist erloschen;

4. auf Blatt 15411, betr. die Firma Fuchs und Käffig in Leipzig: Franz Robert Käffig ist als Gesellschafter — infolge Ablebens — ausgeschieden;

5. auf Blatt 11677, betr. die Firma Teufches Druck- und Verlagshaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, Zweigniederlassung: Die Procura des Hans Spehr ist erloschen;

6. auf Blatt 500, betr. die Aktiengesellschaft unter der Firma Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig: Procura ist erteilt dem Kaufmann Eugen Schulze in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Mitgliede des Vorstandes oder einem anderen Prokuristen vertreten;

7. auf den Blättern 725, 10796 und 12749, betr. die Firmen Gustav Seuß, Ernst Frege und Richard Friedel, sämtlich in Leipzig: Die Firma ist erloschen. 6828 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 10. Nov. 1921.

Auf Blatt 104 des Genossenschaftsregisters, betr. die Firma Volkshaus zu Leipzig, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig ist heute eingetragen worden: Paul Schuster ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Christian Weher in Leipzig ist Mitglied des Vorstandes. 6827 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, 10. Nov. 1921.

Das im Grundbuche für Leipzig-Schönefeld Blatt 333 auf den Namen des Privatmanns Carl Albert Böcker in L.-Schönefeld eingetragene Grundstück soll zur Aufhebung der Erbengemeinschaft

Sonnabend, am 14. Januar 1922, vorm. 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Peterssteinweg 8, II., Zimmer 127, veräußert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 4,4 Ar groß, mit 576,51 Steuerninheiten belegt und auf 61200 M. geschätzt. Es wird aus dem Flurbuch 146 gebildet, liegt in Leipzig-Schönefeld, Lazarusstr. 25, besteht aus Wohnhaus, Backhaus, Werkstätte, Kiebertage und Garten und ist zur Grundfläche unter 35 P mit 29300 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. Oktober 1921 veräußerten Veräußerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Veräußerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Veräußerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Veräußerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Veräußerungserlöses an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt. 6830 Amtsgericht, Abt. II A 2, Leipzig, 11. Nov. 1921.

Heute ist eingetragen worden I. im Handelsregister A auf dem die offene Handelsgesellschaft in Firma Union Wert Ruhwig & Kullig in Wittweida betreffende Blatte 388, daß dem Buchhalter Emil Paul Gardt in Wittweida Procura erteilt worden ist;

II. im Handelsregister B 1. auf dem die Örtermittelwerk Frantranau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Frantranau betreffende Blatte 100, daß die Vertretungsbefugnis des Kaufmanns Konstantin Georg Fritz Vogel in Wittweida beendet ist;

2. auf dem die Firma Hugo Pfaller in Ottendorf betreffende Blatte 116, daß der Kaufmann Max Alfred Pfaller in Wittweida in das Handelsgeschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten ist, die Gesellschaft am 1. November 1921 begonnen hat, die Firma künftig lautet: Gebr. Pfaller, und die Handelsniederlassung nach Wittweida verlegt worden ist. 6831

Auf Blatt 241 des Handelsregisters ist bei der Aktiengesellschaft in Firma Zentral Textil-Werke in Coburg heute folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 29. September 1921 hat die Erhöhung des Stammkapitals um drei Millionen Mark, in dreitausend Aktien zu je einhundert Mark je Aktie, mit hin auf vierundzwanzig Millionen Mark beschlossen. Demnach ist durch den gleichen Beschluß der § 5 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden. Die beschlossene Erhöhung des Stammkapitals ist erfolgt.

Weiter ist bekanntzugeben, daß die neuen Aktien zum Kurs von 117 % ausgegeben werden. 6832 Amtsgericht Coburg, 10. November 1921.

Auf Blatt 12 des Handelsregisters für den Bezirk des vormaligen Gerichtsamtes Gottleuba betr. die Firma Eisenhüttenwerke der Sächsischen Kuppel-Werke Döhlen in Bergschleibitz — Zweigniederlassung der Sächsischen Kuppel-Werke Döhlen, Aktiengesellschaft in Dresden — ist heute eingetragen worden: Procura ist erteilt dem Kaufmann Max Panzer in Dresden. Er ist berechtigt, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede oder mit einem anderen Prokuristen zu vertreten. 6833

Auf Blatt 35 des Handelsregisters des Bezirks des vormaligen Gerichtsamtes Gottleuba betr. die Aktiengesellschaft Aktiengießerei Juidau vorm. Pöpsch in Juidau betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Aktiengießerei Juidau-Glauchau. Die Generalversammlung vom 28. September 1921 hat die Erhöhung des Stammkapitals um 2 200 000 Mark in 2200 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark je Aktie, mit hin auf 4 200 000 Mark beschlossen.

Auf Blatt 12 (127) des Handelsregisters, die Firma Jenseitlerbrauerei zu Zwönitz, Glab & Kunze in Zwönitz betr., ist heute eingetragen worden: Als persönlich haftende Gesellschafter sind eingetreten a) der Chemiker Dr. phil. Kurt Rudolf Glab, b) der Kaufmann Johannes Hermann Kunze, beide in Zwönitz. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1920 errichtet worden. 6837

Die von unserer Sparkasse ausgefertigten Einlagebücher Nr. 3759, 3940, 6103 und 7412 sind, wie hier gemeldet wurde, abhandlungsgelassen. Die Inhaber der Bücher werden aufgefordert, dieselben unter Geltendmachung ihrer etwaigen Ansprüche binnen 90 Tagen hier vorzulegen; andernfalls werden die Bücher nach Ablauf dieser Frist für kraftlos erklärt. 6838

Leubnitz b./Werdau, den 11. November 1921.

Die Sparasserverwaltung.

Das Einlagebuch der unterzeichneten Sparkasse Nr. 468, auf den Namen Arthur Seuss in Schwepnitz lautend, ist als abhandlungsgelassen gemeldet worden. Der etwaige Inhaber wird hiermit aufgefordert, das Buch innerhalb 3 Monaten hier vorzulegen, andernfalls dasselbe für ungültig erklärt wird. — Schwepnitz, 5. November 1921. 6839

Die Sparasserverwaltung.

### Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 12. November.

Bei der **Stabterordnungsabwahl** morgen, Sonntag, sind stimmberechtigt alle Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts, die zur Zeit des Abschlusses der Wählerlisten das 20. Lebensjahr vollendet, in Dresden ihren wesentlichen Wohnsitz haben und in die Wählerliste eingetragen sind. Es ist daher ohne Belang, ob der Wähler oder die Wählerin das Bürgerrecht hat oder solche oder Nichtsolche ist. Die Wahlzeit ist von 9 bis 6 Uhr.

Angesichts des seit gestern voll in die Erscheinung getretenen Winterwetters werden viele **Sportliebhaber** den Wunsch haben, morgen im Gebirge beim Schneeschuhlauf oder Rodelsport zuzubringen. Sie möchten ganz im besonderen hierdurch an ihre **Wahlpflicht** erinnert sein, d. h. also, daß es wünschenswert ist, daß sie ihre Rückkehr so einrichten, um noch ihrer Wahlpflicht genügen zu können.

Das **Stadsteueramt** gibt bekannt, daß die dritte Rate der **Wohnsteuern** für das Rechnungsjahr 1921 bis zum 15. d. M. an die zuständigen steueramtlichen Stellen zu bezahlen ist. In einer weiteren Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß der erste Termin der **Grundsteuer** für Grundstücke der am 1. April d. J. und 1. Juni d. J. eingetragenen Steuer innerhalb drei Wochen, vom Tage der Zustellung ab gerechnet, unter Vorweisung der Justizung im Stadsteueramt zu bezahlen ist. Für die Bewohner der Stadtteile, in denen ständige Wohnstätten nicht eingetragen sind, besteht die Möglichkeit, beide Steuern am 15. d. M. vormittags 1/9 bis mittags 1 Uhr in den ihnen nahe gelegenen, nur zu Terminzeiten geöffneten Steuerstellen zu bezahlen.

Mit Genehmigung der sächsischen Kollegien werden vom Jugendamt **Stillschämungen** an stehende eheliche und uneheliche Mütter gewährt zum Zwecke der Förderung des Selbstbildens und zur Hebung der Volksgesundheit. Die Prämienhöhe sind zurecht folgende: 50 M. nach dreimonatiger, 25 M. nach fünfmonatiger und 25 M. nach achtmonatiger Stillezeit. Außer der bestimmten Stillezeit ist Voraussetzung für die Bewilligung der Prämie, daß das gestillte Kind noch am Leben ist, daß die Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder deutscher Abstammung ist und bei Beantragung der Prämie in Dresden wohnt, daß das Ein-

kommen der Mutter oder der Eltern des Kindes 9000 M. jährlich nicht übersteigt. Ausnahmen bleiben im Einbilde auf die Feuerung je nach Lage des einzelnen Falles vorbehalten. Der Antrag auf Stillschämung ist bei der Mütterberatungsstelle des Jugendamtes, Landhausstraße 7/9, Hof rechts, vormittags 8 bis 10 Uhr zu stellen. Dabei sind vorzulegen: Geburtsurkunde des Kindes oder Familiennachbuch, Einkommensbescheinigung und eine vom Arbeitgeber unterschriebene Verdienstbescheinigung.

Die am 5. November 1918 in Dresden verstorbenen Großkaufmannswitwe Frau **Marie Louise Reichmann** geb. Schulze hat den nach Erfüllung von Vermögensnachlass verbleibenden Restbetrag ihres Vermögens zu einer Stiftung bestimmt, die den Zweck hat, solche Kriegsteilnehmer am Weltkriege zu unterstützen, die als vollständige Krüppel aus dem Kriege heimgekehrt sind, soweit sie kein Vermögen besitzen und bedürftig sind. Die Stiftung, die unter der Verwaltung des Rates zu Dresden steht, ist errichtet und führt den Namen **Frau Marie Louise Reichmann-Stiftung**. Das Stiftungskapital beträgt rund 30500 M.

Während der Beurteilung des hiesigen **Stadtschulrates** Herr. Medizinalrat Dr. med. Leonhardt in der Zeit vom 14. bis 20. d. M. werden die Stadtschulratsgeschäfte von dem Stadtschulrat Dr. med. Plange geführt.

Für die **45. Volkshalle** ist am vorigen Donnerstag nach einem Vortrag des Ehrenleiters Herrmann ein **Stiftlicher Elternverein** gegründet worden. Zum Vorsitzenden ist unter Leitung des Herrn v. Kap-Ferr der Vorsitzende Oscar Schumann, Alt-Mitd. 24, Erdgesch., gewählt worden. Der Bezirksleiter Rathobersfeldt Wehner hat den neuen Verein in seine Pflege übernommen. Anmeldungen nimmt der Vorsitzende jederzeit entgegen.

Das vom **Dresdner Verkehrsverein** herausgegebene, von dem Dresdner Schriftsteller Alfred Günther bearbeitete **Dresdner Stadtbuch** versucht einen neuen Typ eines Stadtbuchs zu gestalten. Es wird hier nicht ein kleiner Bändchen gegeben, der an allen Sehenswürdigkeiten eines Stadtbildes vorbeiführt, sondern es soll auf dem kürzesten Wege ein Bild des besonderen Wesens der Stadt gezeigt werden. Darum hat der Verfasser, auf den Arbeiten vieler Kenner der Dresdner Schönheiten fußend, in gedrängter Kürze die Architektur, die Gartenbaukunst, den Museumbesuch, das Theater und Kunstleben und die landschaftliche Umgebung Dresdens geschildert. Es ist ihm im wesentlichen darauf angekommen, das zu zeigen, was einzigartig in Dresden ist. Außer den Führungen durch die Straßen, Gärten und Parks finden sich verlässliche Listen der Belu-

gen der Sammlungen und Angaben über Hotels und Pensionen. Ein kleiner Plan der inneren Stadt ist dem Hefte beigelegt. Der Preis — 2 M. — ist, besonders auch in Anbetrachtung der guten, durch die Buchdruckerei von Oscar Laube hergestellten Trüdasstattung mit sechs Federzeichnungen von Prof. Fritz Becker, als ungewöhnlich niedrig zu bezeichnen. Das Buch ist in der Geschäftsstelle des Dresdner Verkehrsvereins, Hauptbahnhof, Nordhalle, zu haben.

Gestern wurde der **Dresdner Verkehrsverein** mit einem Feste geschlossen, zu dem sich die Mitglieder und Freunde der Dresdner Ortsgruppen des Bundes Deutscher Gebrauchsgeschäftler und des Vereins der Plaisirkreunde im Logenhaus, Blumenstraße, zusammengefunden hatten. Regierungsdameineister Pflümann sprach rückblickend von dem Auswirken und dem Einbruch der Verkehrsverein. Direktor Fritz Müller eröffnete das gefällige Zusammensein mit einer von Humor gewirkten Ansprache. Der Humor kam im Verlaufe des Abends in allerlei Form zu seinem Recht. Die Damen Landmesser, mit schönem Wit und schönem Sopran, sangen zur Laute heitere Duette. Heitere Lieder zur Laute sang auch Fel. Henemann und heitere Gedichte sprach Frau Ulrich. Höhepunkte des Abends waren die Auffahrt des großen W-W's (Werbewagens) mit der unter Direktor Müllers Leitung stehenden Beteiligung der scharfsten Auszeichnungen und Ehrungen, die Vorführung „der in allen Kulturkationen zum Patent angemeldeten Entwurfsmaschine, System Adromo“, und die Vorführung des „Universum-Films“ mit dem Vortrag „Die Reklame ohne Ziel“.

Die **Städtische Musikgesellschaft** wird am kommenden Sonntag, den 17. November, abends 7/7 Uhr im Gemeindefaal An der Kreuzkirche 7, Erdgesch., stattfinden. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Unsere Finanzlage (mit Bericht, Vorschlägen, Ansprache). 2. Christliche Steinleibverpflege. 3. Kirchliche Kunstausstellung.

Der **Band der Auslandsdeutschen (Ortsgruppe Dresden)** hatte seinen diesjährigen Herbstball in den Dienst der Nächstenliebe gestellt. Der Ertrag der Festlichkeit, die am Freitagabend im großen Saale des Sächsischen Aufführungspalastes eine nach Hunderten zählende Teilnehmerzahl zusammenführte, soll für eine Weihnachtsgeschenke von Kindern vertriebener Auslandsdeutscher Verwendung finden. Der Ball wurde durch künstlerische Gaben unterbrochen. Ihre Reihe eröffnete

Dr. Rudolf Beiter mit der Wiedergabe eines poetischen Vortrags. Hierauf bot Dr. Kammerlänger Martin Otto mit glänzenden Motetten und lebendigem Vortrag Lieder von Robert Schumann, Hugo Wolf und Hans Hermann. Dr. Kammerlänger Alois Gahn-Kabels erwies sich in zwei Darbietungen als ein Meister des Cellos. Weiden Künstlern wurde so lebhafter Beifall gesendet, daß sie Zugaben folgen lassen mußten. Ausgehende Anerkennung erwarben sich auch Frau Kolbe und Dr. Ballmeister E. J. Bogachoff mit ihren russischen und ukrainischen Charaktertänzen. Ein farbenprächtiges Bild gemahnte dann bei Fortsetzung des Balles eine Lampionpolonaise. Die ganze Veranstaltung war von bester Stimmung getragen und dürfte auch ihrem guten Zweck die erforderlichen Mittel zuführt haben.

Im Alter von 75 Jahren ist am vergangenen Donnerstag Dr. Generalkonjunkt Siegfried Schiefelinger, der Begründer des in der König-Johann-Straße gelegenen Kaufhauses Siegfried Schiefelinger, gestorben. Ausgestattet mit reichen kaufmännischen Kenntnissen, hat der Verstorbenen mit Erfolg an dem Gedeihen der Firma gearbeitet und das Unternehmen zu großem Aufschwung gebracht.

In den **U-Zwischenzügen** wird seit Freitag ein neuer scheinbarer Film geboten: Lady Hamilton. Richard Oswald hat frei nach den Romanen Heinrich Heine über Lavinia Hamilton und seine letzte Liebe und andere Quellen lebendige und erschütternde Ereignisse aus den ruhmvollen Tagen des größten englischen Seehelden und seine Beziehungen zu dieser schönen willenskräftigen Frau veranschaulicht, die sich aus den einfachsten Verhältnissen zu hoher Stellung emporzuschwang und in die Politik der mächtigsten Länder eingriff. Schöne bunte Bilder aus vergangenen Zeiten zeigen uns, während Einzel- und stimmungsvolle Aufnahmen, Feuerwerk und Seeschlacht machen den Film spannend und reizvoll. Die ausgezeichnete Kunst der Darsteller, vor allen Dingen Lane Cairns als Emma Lyon, spätere Lady Hamilton und Konrad Weidts als Lord Nelson läßt ihren Eindruck lange in der Erinnerung haften.

Von der hiesigen **Kriminalpolizei** ist der 22 Jahre alte Mülleergeselle Franz Rinkes festgenommen worden. Rinkes wird von der sachsen-slowakischen Polizei wegen Raubmordes und Einbruchdiebstahls gesucht. Ein erheblicher Geldbetrag und Schmuckgegenstände sind bei ihm vorgefunden und beschlagnahmt worden.

Beim **Amtsgericht Gainschen** befindet sich ein **Herrenjäger**, Marke „Diamant“, das ein hiesiger Jägergejögling am 8. oder 18. Juni

Diese Erhöhung ist erfolgt.

Weiter wird bekanntgegeben, daß von den neuen Aktien 700 Stück zum Betrage von 135 vom Hundert ausgegeben werden. 1500 Stück werden zur Durchführung des mit der Bierbrauerei Glauchau Aktiengesellschaft Glauchau abgeschlossenen Vereinigungsvertrags an die Aktionäre dieser Gesellschaft zum Nennbetrage ausgegeben. 6834

Amtsgericht Juidau, 5. November 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf Blatt 2494 die Firma Gebrüder Junt in Juidau. Gesellschafter sind die Kaufleute Kurt Herbert Walter Junt und Heinrich Hermann Friedrich Junt, beide in Juidau. Die Gesellschaft ist am 22. Juni 1921 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Verbandsgeschäft von Musikinstrumenten; 6835

b) auf Blatt 2495 die Firma Apel & Eichhorn in Juidau. Gesellschafter sind die Kaufleute Ernst Friedrich Apel und Hermann Otto Eichhorn, beide in Juidau. Die Gesellschaft ist am 1. November 1921 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Wolle- und Lederprodukten. 6836

Amtsgericht Juidau, den 5. November 1921.

Auf Blatt 452 des Handelsregisters, die Aktiengesellschaft in Firma Juidauer Maschinenfabrik in Juidau betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 2. November 1921 hat die Erhöhung des Stammkapitals um 5 500 000 Mark in 5500 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark je Aktie, mit hin auf 10 000 000 Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt.

Weiter wird bekanntgegeben, daß die neuen Aktien zum Betrage von 125 vom Hundert ausgegeben werden. 6836

Amtsgericht Juidau, den 8. November 1921.

Auf Blatt 12 (127) des Handelsregisters, die Firma Jenseitlerbrauerei zu Zwönitz, Glab & Kunze in Zwönitz betr., ist heute eingetragen worden: Als persönlich haftende Gesellschafter sind eingetreten a) der Chemiker Dr. phil. Kurt Rudolf Glab, b) der Kaufmann Johannes Hermann Kunze, beide in Zwönitz. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1920 errichtet worden. 6837

Amtsgericht Zwönitz, den 10. November 1921.

Die von unserer Sparkasse ausgefertigten Einlagebücher Nr. 3759, 3940, 6103 und 7412 sind, wie hier gemeldet wurde, abhandlungsgelassen. Die Inhaber der Bücher werden aufgefordert, dieselben unter Geltendmachung ihrer etwaigen Ansprüche binnen 90 Tagen hier vorzulegen; andernfalls werden die Bücher nach Ablauf dieser Frist für kraftlos erklärt. 6838

Leubnitz b./Werdau, den 11. November 1921.

Die Sparasserverwaltung.

Das Einlagebuch der unterzeichneten Sparkasse Nr. 468, auf den Namen Arthur Seuss in Schwepnitz lautend, ist als abhandlungsgelassen gemeldet worden. Der etwaige Inhaber wird hiermit aufgefordert, das Buch innerhalb 3 Monaten hier vorzulegen, andernfalls dasselbe für ungültig erklärt wird. — Schwepnitz, 5. November 1921. 6839

Die Sparasserverwaltung.

Zwischen 12 und 2 Uhr mittags am Kreislichen...

Der Eigentümer des Raubes wird nach der...

Die Diensträume der Finanzämter Dresden...

Im Ergeblisse herrscht seit einigen Tagen...

Tageschronik

Berlin, 12. November. Die dänische Gefandtschaft...

Halle, 12. November. Hier lagern 100 000...

Memel, 12. November. In Ostpreußen herrscht...

Dresden, 12. November. In Schlesien sind in...

Bochum, 12. November. Hier ist eine Frau...

Kugsburg, 12. November. Die mit einem...

Freiburg, 12. November. Die Kälte hat sich...

Liziban, 12. November. Auf einer Eisenbahn...

Los Angeles, 12. November. Im Bordteil...

Sport

Internationale Fußballtreffen. Nach dem Urteil...

Volkswirtschaftliches

Magnahmen zur Bekämpfung der Devisenfluktuation...

Zubehör für Schreibmaschine und Vervielfältigungsapparate...

Zwischen, daß sich der Devisenhandel längst nicht...

Opferung der Währung des Continents. Die Continental-Gesellschaft...

50jähriges Bestehen der Continental. Die Continental-Gesellschaft...

Berlin, 12. November. Die Verkaufsstelle...

New York, 12. November. Die unerschütterliche...

Bericht über die Warenpreise im Großhandel in der sächsischen Großmarkthalle...

lassungen. Auch wurden im Auslande Tochtergesellschaften...

Handelsbeziehungen zu Bulgarien. Nachdem am 9. August d. J. in Bulgarien...

Erneute Kapitalerhöhungen. Die Patentpapierfabrik zu Penia betrieb...

Erneuerung der Hauptversammlung der Dresdner Bank...

Erneuerung der Hauptversammlung der Hartwig & Vogel...

Verkaufsstelle der Berliner Zeitungsdraht...

Verkaufsstelle der Berliner Zeitungsdraht...

Table with multiple columns listing market prices for various goods like flour, oil, and other commodities.

Table titled 'Berlin, 12. November. Zeitentwertung' showing exchange rates and other financial data.

Table titled 'Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden' showing weather forecasts for various regions.

Lohnbewegung.

Rittau, 12. November. In den Ausstand getreten ist am Donnerstag die Arbeiterchaft der Mechanischen Weberei Rittau.

Böblitz, 12. November. Die etwa 140 Mann zählende Belegschaft der Sächsischen Serpentin-Feingeweberei in Böblitz ist in einen wilden Streik getreten.

Beleibigung sofort entlassen. Er war gleichzeitig Betriebsratsobmann und wegen seines Verhaltens schon oft verwarnt worden.

Berlin, 12. November. In den Charlottenburger Gaswerken sind gestern morgen die Arbeiter in den Ausstand getreten.

übrigen Berliner Gaswerke haben beschlossen, den Betrieb vorläufig aufrechtzuerhalten.

Gotha, 12. November. Die gesamte Arbeiterchaft der thüringischen Schieferindustrie ist wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Halle, 12. November. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Braunkohlenbergbau sind gestern unter beiderseitigem Entgegenkommen zum Abschluss gebracht worden.

Bücherbesprechungen.

In 2. Auflage ist im Verlage der K. Reichert'schen Verlagsbuchhandlung Dr. Werner Scholl in Leipzig die „Deutsche Geschichte unter Kaiser Wilhelm II.“ von Conrad Vornholt erschienen.

Beamtenanwärter zum baldigen Antritt gesucht. Gehaltsgruppe 5 der Diätenordnung zum Beförderungsgesetz, Ostklasse C. Geeignete, in der Gemeindeverwaltung vorgebildete und besonders in Standbeamts-, Polizei- und Versicherungssachen bewanderte Bewerber wollen Gesuche mit Zeugnissen einreichen bis 25. November 1921.

Stadtrat Großsch, am 11. November 1921.

Totensonntag 20. Nov., 1/2 8 abends Palmengarten Ludwig Flehner spricht frei aus dem Gedächtnis „Enoch Arden“.

Treuhand-Bank für Sachsen Aktien-Gesellschaft Dresden · Ringstraße 64

Vermögensberatung u. -verwaltung An- und Verkauf von Wertpapieren Scheckverkehr : : Stahlkammer Annahme verzinslicher Bareinlagen

Café Hülferit Konditorei

Dresden-A., Prager Straße 48 Part. u. 1. Etage Lese-, Spiel- und Billard-Säle. Echte Biere und Weine.

Konzertdirektion F. Ries (F. Plöbner) Busstag, nächsten Mittwoch, 1/2 8 Uhr, Palmengarten Klavier-Abend FEIGERL

NÄCHSTEN Freitag, 7 1/2 Uhr, Kaufmannschaft, gr. Saal: 6851

Franz Wagner Waldemar Staegemann Schubert - Schumann - Abend.

NÄCHSTEN Sonnabend, 1/2 8, Kaufmannsch., gr. Saal:

Konzert Pretsch-Quartett-Vereinigung Leitung: Prof. Karl Pretsch

NÄCHSTEN Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Künstlerhaus:

Klavierabend des einarmigen Pianisten Paul Wittgenstein

Vereinigung der Freunde Deutscher Kunst.

Totensonntag (20. 11.) mittags 1/2 12 Uhr Kaufmannsch., kl. Saal: Morgenfeier für die im Weltkrieg Gefallenen.

21. Nov., Montag, 7 1/2 Uhr, Palmengarten: Severin Eisenberger Einmaliger Klavierabend.



Singer Nähmaschinen in altbewährter Güte 5719 Erleichterte Zahlungsbedingungen Original SINGER Nähmaschinen Ersatzteile Nadeln · Öl · Garn Reparaturen

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Ferdinandstr. 2. Dresden Hauptstr. 6.

Central-Theater-Diele Engelbert Milde Künstler-Spiele

Montag, 14. November: Unterhaltungssabend. Motto: Herren Ermold und Lange u. d. Staatsoper u. die „Fröhlichen Spötter“ Gächter u. Müller-Beim.

Markenfrei! Niederschles. Hüttenkoks Dresdner Gaskoks Grudekoks Brennholz, feuerfertig F. M. von Rohrscheidt & m. b. H.

Pelzwaren Carl Dreier Wettinerstraße 38, 1. Stock.

Zahn-Praxen im Annenstr. 23/25 Größt. Special-Unternehmen Nervöse u. Überempfindliche ver. frauens. voll.

Billige Preise. COGNAC, RUM, KORN LIKÖRE SÜSSWEINE ROTWEINE WEISSWEINE C. SPIELHAGEN

Schönes Weibner Porzell.-Service f. ca. 24 Pers. f. Privatgebrauch, 1. Kauf. gef. West. Dfl. u. O. 855 an Wia. Hasenferst & Vogler, Dresden.

Juwelier Carl Frötschner Dresden-A. König-Johann-Str. Ecke Schloßgasse 8.

Herrenstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe Sportstoffe Futterstoffe Billard-, Pult- u. Damastuche Tuchhaus Herm. Pörschel

Albert Walther STEMPEL

Familienanzeigen. Verlobt: Hr. Dr.-Ing. Roland Jermann in Frankfurt a. M. mit Fräulein Helene Rade in Goswig.

Erd- u. Feuerbestattungen, Überführungen, auch mittels Kraftwagens, übernehmen zu dem vom Rat zu Dresden festgesetzten Tarife

Dresdner Beerdigungsanstalten Pietät und Heimkehr

Pelzmodenhaus Höhle Dresden-A. Meissen Bismarckplatz 10

Spezialatelier für feine Pelzwaren Hermann Höhle Kürschnermeister

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 30 Pf. in Dresden-A. in der Geschäftsstelle Hr. Zwingerstraße 16.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quellenangabe Bedingung.